ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 19

Juli/September 1993, 2,50 DM



Inhaltsverzeichnis

Kieler Reaktionen auf den Anschlag von Solingen

Schleswig Holstein

Namen, Daten, Fakten

Aktion Fluchtburg KZ

Sonstiges

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 900
Nr. 19, Juli / Septemberi 1993
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nr. 20: 1.September. 1993

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mit dem Anschlag in Solingen wird klar, daß die Morde von Mölln eine neue Ausrichtung der rassistischen Attacken gegen nichtdeutsche Menschen in der BRD markiert haben. Der Anschlag auf das Haus einer türkischen Familie, die schon seit zig Jahren hier lebte, war kein Einzelfall. Seit Mölln geraten neben AsylberwerberInnen und Flüchtlingen verstärkt MigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern, insbesondere der Türkei, ins Visier rassistischer Totschläger und Brandstifter.

Dem Mord an den fünf türkischen Frauen in einer Stadt, die mit ihren stahlharten Messern für sich wirbt, folgten zahlreiche weitere Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte (wie am ... in Raisdorf bei Kiel), türkische Restaurants und die Wohnungen und Häuser türkischer Familien.

Es ist offensichtlich, daß es den Tätern und ihren Claqueuren nie tatsächlich um ein wie auch immer geartetes „Flüchtlings-“ oder „Asylproblem“ ging. Vielmehr offenbart sich ihr grundsätzlicher Rassismus, ihr Haß auf alles was ihnen fremd erscheint und nicht-deutsch ist.

Nachdem die PolitikerInnen die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge zum Anlaß nahmen, längst vorbereitete politische Projekte, nämlich den sogenannten Asylkompromiß, in Angriff zu nehmen, mußte dies von den militanten Rassisten als Aufforderung verstanden werden, mit ihren Angriffen verstärkt fortzufahren und den Kreis der potentiellen Opfer um die ArbeitsimmigrantInnen und ihre Familien zu erweitern. Mit welchen Maßnahmen die Regierenden darauf reagieren werden, wenn sie nach diesem Schema weiterverfahren, läßt schlimmste Befürchtungen wach werden.

Der Rassismus in diesem Land ist weniger ein ostdeutsches Problem wie oft behauptet (und vielleicht gehofft) und kann vor allem nicht auf Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und ähnliche soziale Probleme zurückgeführt werden, die im Osten besonders drückend sind. Denn auf diese sozialen Probleme wäre auch eine andere Antwort möglich. Die Gründe dafür, warum viele ihren Frust über ihre Situation gegen Schwächere richten, anstatt gegen die Verursacher der Misere anzugehen, sind wahrscheinlich nur in einer umfassenden Betrachtung der Auswirkungen des hier praktizierten gesellschaftlichen Systems auf die Individuen und ihr Zusammenleben zu erfassen. Die die rassistische Gewalt erzeugenden Wechselwirkungen zwischen offizieller Politik, traditioneller deutscher Unkultur und Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft müssen dazu genauer untersucht werden. Wenn wir dem rassistischen Terror einerseits und den sich verschärfenden rassistischen Gesetzen andererseits dauerhaft etwas entgegensetzen wollen, werden wir darum nicht herumkommen.

Gescheitert ist jedenfalls die Politik die das „Andere Deutschland“ mittels Lichterketten ins rechte Licht rücken wollte. In dem Maße, in dem diese Aktionen inhaltlich darauf beschränkt blieben, „asoziale Einzeltäter“ zu verdammen, blieben sie Veranstaltungen zur Rettung deutscher Exportchancen. Die maßgebliche Beteiligung derjenigen PolitikerInnen, die andererseits die Liquidierung des bundesdeutschen Asylrechts betrieben, führte dazu, daß eine grundsätzliche Kritik an rassistischer Politik oftmals in den Hintergrund gedrängt wurde.



Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Raisdorf

Es bleibt die Erkenntnis, daß das „Andere Deutschland“ der „Asylkompromissler“, der deutschen Industrie und derjenigen, die ihren wöchentlichen Pizzeriabesuch schon für das Höchstmaß an wünschenswerter Multikultur halten, sich, hinsichtlich der Abschreckung von Flüchtlingen, nur in den Mitteln und weniger in den Zielen von dem gewalttätigen, offen rassistischen Deutschland unterscheidet.

Wenn nach Solingen sehr viel weniger Menschen auf die Straße gingen als nach den Morden von Mölln, so hat das wohl auch damit zu tun, daß viele keine Lust mehr haben, StatistInnen für heuchelnde PolitikerInnen abzugeben. Allerdings ist es gerade jetzt wichtiger denn je massiv auf die Straße zu gehen, um den Angegriffenen zu zeigen, daß sie nicht alleine dastehen. Dabei darf es natürlich nicht bleiben. Diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die mit ihrer Politik zur Entstehung der rassistischen und gewalttätigen Gesellschaftsstimmung beigetragen haben und diese weiterhin verschärfen, darf nicht nur ein frommer Wunsch bleiben. Darüberhinaus gilt es natürlich auch, erreichbare Zwischenschritte sorort durchzusetzen. Die doppelte Staatsbürgerschaft z.B., eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einem Land in dem hunderttausende von Menschen ohne deutsche Ausweispapiere seit über einer Generation leben. Der eigentliche Skandal ist ja der, daß von Menschen verlangt wird ihre Kultur aufzugeben, mit allen Rechten wie einfache Einreise etc. um in Deutschland vollsträndige Gleichberechtigung zu erreichen. Allerdings kann das nicht heißen, daß die antirassistischen Gruppen sich jetzt darauf beschränken alle Kraft für die Einräumung dieser Selbstverständlichkeit zu verwenden. Die doppelte Staatsbürgerschaft muß her, sofort und zwar als Minimum! Auf der anderen Seite müssen die direkten Helfershelfer der rassistischen Totschläger in den Vordergrund gerückt werden. Längst schon ist bekannt, daß Anschläge auch auf NPD-Kreisversammlungen beschlossen wurden. Und wenn z.B. die Deutsche Liga in Köln zur Menschenjagd auf eine Roma-Frau bläst, muß dies mehr Konsequenzen als einen moralischen Aufschrei haben. Eine tatsächliche Beschränkung der Möglichkeiten faschistischer Parteien und Gruppen heißt natürlich mehr als ein bloß formal vollzogenes Verbot. In solcher Hinsicht aktiv zu werden, bedeutet auch Glaubwürdigkeit, z.B. gegenüber jungen MigrantInnen zu bewahren, die betroffenes Geschwätz satt haben.

Nachdem in Solingen fünf Menschen türkischer Nationalität durch einen Brandanschlag getötet und weitere verletzt worden waren, kam es in Kiel - wie in vielen anderen Städten auch - zu Demonstrationen. Auf Initiative der das Deutsch-Türkische Volkshaus in Kiel tragenden, sozialdemokratisch orientierten türkischen Vereine fand am Samstag, dem 5. Juni, eine Demonstration zum Rathausplatz statt, an der sich etwa 4.000 Menschen beteiligten. Linke Gruppen nahmen nur zum Teil an dieser Demonstration teil. Im Vorfeld konnte keine Einigkeit darüber erzielt werden, ob eine Demonstration in dieser Situation das richtige Mittel sei und wie mit dem Wunsch der Initiatoren, Ministerpräsidentin Simonis (SPD) auf der Abschlußkundgebung sprechen zu lassen, umzugehen sei. Schließlich bestand auch keine Einigkeit, was der Gefahr, daß sich nationalistische und faschistische Türken massiv an der Demonstration beteiligen könnten, entgegenzusetzen sei.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir einige Äußerungen zu den Hintergründen der Demonstration. Als Ergänzung haben wir Informationen über die Solinger Nazi-Szene hinzugefügt. Dieser Artikel erschien erstmals Anfang Juni in den Antifa-Nachrichten der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Demo-Splitter

• Nach Angaben der VeranstalterInnen beteiligten sich an der Kieler Demonstration gegen Rassismus am 5. Juni etwa 5000 Menschen.

• Es war eine der wenigen größeren Demonstrationen - wenn nicht die einzige - nach den Solinger Morden, an der keine türkischen Nationalisten oder „Grauen Wölfe" teilnahmen. Ihnen war deutlich gemacht worden, daß sie nicht erwünscht seien und daß es eine gemeinsame Demonstration nicht geben werde. (Gegenteilige Behauptungen im Vorfeld der Demonstration müssen als Provokation gegen eine breite Beteiligung gewertet werden; einige haben sie aus Unkenntnis und Bequemlichkeit übernommen - beides angesichts des Ernstes der Situation keine entschuldigenden Begründungen).

• Die Beteiligung türkischer Menschen war verhältnismäßig gering. Zwei Gründe dafür liegen nahe bzw. ergeben sich aus Gesprächen: -da sich die Nationalisten gegen eine Teilnahme entschieden hatten, haben sie auch ihren Einfluß auf ihr „Umfeld" in diesem Sinne geltend gemacht; - die verbreitete Diskussion über zu erwartende gewaltsame Auseinandersetzungen hat nicht zuletzt in der nicht-deutschen Bevölkerung Gaardens und Kiels insgesamt Ängste wachgerufen.

• Wegen der Weigerung der Trägervereine des Deutsch-Türkischen Volkshauses, andere Gruppen demokratisch in den Prozeß der Demonstrationsvorbereitung einzubeziehen, und wegen des Auftretens von Heide Simonis auf der Abschlußkundgebung blieben etliche AnhängerInnen einiger autonomer und linker Gruppen der Demonstration fern (und pflegten ihr Sektierertum). Die kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit den türkischen Vereinen (und anderen) muß weitergeführt werden.

• Im Aufruf des Deutsch-Türkischen Volkshauses (und im Redebeitrag des DTV) wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die Beseitigung des Asylrechts die Mörder ermutigt hat und einen Anschlag auf die Demokratie in der Bundesrepublik darstellt. Die Hoffnung interessierter Kreise, türkische Organisationen gegen AsylbewerberInnen auszuspielen, ist in diesem Fall danebengegangen.

• Die Gaardener SPD, seit Monaten zum Thema „Asyl" und „Ausländer" nicht mehr öffentlich zu hören, existiert noch: mit dem Auflaufen einer eigenen Ordnertruppe stellte sie dies (eindrucksvoll?) unter Beweis. Klasse, Dirk, Du! -Zum Glück haben sie keinen Schaden angerichtet und sich den Anweisungen der InitiatorInnen gefügt.

• Daß dem anwesenden Reporter der „Kieler Nachrichten" die Rede nicht gefallen würde, die ich für die Gaardener Antifa-Initiative gehalten habe, war anzunehmen. Ebenso wie die von Hüseyin kann sie auch Heide Simonis oder Fritz Süverkrüp nicht gefallen haben (aber der IHK-Chef war diesmal eh nicht gekommen).

Daß sie im Demonstrations-"Bericht" der KN vollkommen unterschlagen wurde, entspricht eben dem Stil, der in unserer Provinzzeitung vorherrscht. Dem Autor allerdings mag es ganz persönlich schwergefallen sein, überhaupt positive Worte über „Ausländer" zu finden: Eric Marcuse, noch nicht lange eine auffällige Erscheinung in den KN, hat früher schon mal darüber geklagt, wie gefährdet man im Moment sei, wenn man die Wahrheit über die hohe Ausländerkriminalität schreibe... (vgl. z.B. *KN* vom 20.2.93, S. 19: „Kriminalität von Ausländern: ein heißes Eisen"... „Für Stadt und Land ein Tabu-Thema").

• Es ist zu hoffen, daß es eine ernsthafte, aufs Voneinander lernen orientierte Auswertung der Demonstration bei allen Beteiligten geben wird. Wer immer sich für links hält, muß jedenfalls eines akzeptieren lernen: Eine prinzipielle Oppositionshaltung gegen den Kurs der staatstragenden Parteien ist absolut notwendig und dennoch erst die Voraussetzung oder der erste Schritt zu einer richtigen (dem Anliegen gesellschaftlicher Veränderung dienlichen) Politik. Wir werden zumindest einem großen Teil der Menschen, mit denen wir (hoffentlich) zusammen leben und arbeiten und die wie wir ein Interesse am Kampf gegen Faschismus und Reaktion haben, überzeugen müssen. Wer sich dieser Aufgabe entzieht, macht es sich nur scheinbar leichter. Und selbst dieser Schein dürfte sich nicht mehr lange aufrechterhalten lassen.

Dietrich Lohse

„... die Befürchtung, daß wir uns wahrscheinlich nicht zum letzten Mal hier treffen, ist noch unerträglicher."

Aus der Rede von Hüseyin Ayvaz

„... Die Quelle dieser Gefahren ist aber die Politik der Wende, die seit 1982 einen permanenten Sozialabbau zu Lasten der Schwächsten betreibt. Die verärgerten und frustrierten Menschen werden gegeneinander ausgespielt, aufgehetzt.

Es ist schlimm, es ist schrecklich, daß wir uns in sechs Monaten zum zweitenmal hier treffen, um gegen einen Mordanschlag zu protestieren, in dem unschuldige Kinder und Frauen verbrannten. Und die Befürchtung, daß wir uns wahrscheinlich nicht zum letzten Mal hier treffen, ist noch unerträglicher.

Es muß doch endlich aufhören, daß eine unzulässige Hetze gegenüber Menschen betrieben wird, die sich politisch überhaupt nicht wehren können, weil sie aus allen Entscheidungsgremien dieser Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Denken Sie daran, daß die Wehrlosigkeit, die Angst, die Wut, die Verzweiflung und das Gefühl, im Stich gelassen zu sein, die Menschen aggressiv machen. Dann reichen die Beileidsbekundungen, Schamerklärungen und Solidaritätsrufe nicht mehr aus, zu beschwichtigen. Geben Sie doch endlich zu, daß es in Deutschland nicht ein Ausländerproblem, sondern ein Problem der Rezession gibt, die uns allen das Leben schwer macht, aber die das Ergebnis Ihrer Politik ist. Nehmen Sie doch endlich unsere Forderungen wahr und verlassen Sie sich darauf, daß die von uns geforderte Rechtssicherheit das A und O eines friedlichen Zusammenlebens ist. Versuchen Sie jetzt nicht schon wieder den Eindruck zu erwecken, wir würden die Ereignisse von Mölln und Solingen ausnutzen, um Forderungen zu stellen, wie es gestern ein CDU-Abgeordneter im Fernsehen tat. Es sind Forderungen, die wir seit Jahren stellen. (...)

Auch, wenn es vielen von Euch schwerfällt zu aktzeptieren, ich bin kein Ausländer mehr, ich bin ein Bürger dieses Landes mit ausländischer Herkunft! Es ist eine berechtigte Forderung, wenn ich will, daß Menschen, die seit Jahren hier leben, arbeiten und allen ihren bürgerlichen Pflichten nachkommen, endlich ihren wohlverdienten Platz mit gleichen Rechten einnehmen. Glaubt mir, das Zusammenleben mit Menschen aus über 20 Ländern ist eine beneidenswerte Chance für uns alle. Wir haben so viel voneinander zu lernen. (...)

Wir müssen über unsere Schatten springen und zueinander finden, damit wir für ein Miteinander sorgen können, das für uns alle angenehm ist.

In diesem Sinne formuliere ich noch einmal meine Forderungen, die für mich unentbehrlich sind, weil ich zusammen mit Dir gleichberechtigt und friedlich in diesem Land leben will:

- uneingeschränktes Wahlrecht
- Antidiskriminierungsgesetz
- das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft
- konsequente Anwendung aller Paragrafen des Grundgesetzes für alle."

(Nach dem Tonbandmitschnitt)



„Die Bundesregierung hat 'die Türken' den Nazis als Opfer angeboten"

Rede von Dietrich Lohse, Antifaschistische Initiative Gaarden

Wir verneigen uns voll Trauer vor den Opfern faschistischer Gewalttaten.

Wir versprechen ihren Angehörigen, es beim Trauern nicht zu belassen.

Wir erheben uns voll Wut über die Täter und die Verursacher der Taten.

Aber erkennen wir sie denn?

Manche/r fragt sich, warum Herr Kohl allen Trauerfeiern fernbleibt. Nun, hier bleibt er sich selber treu: Als die CDU mit Hilfe der FDP vor etwa 10 Jahren die Regierungsgewalt in Bonn erschlich, erklärte Herr Kohl, die Zahl der Türken in der BRD sei „zu groß" und müsse verringert werden, denn es sei „wahr, daß wir die jetzige Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, daß das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage nicht hergibt." (WAZ, 4.10. 82)



Man achte auf die Begründung. Denn die Inhalte der Kohlschen Regierungserklärung und seiner Politik wurden von den Unternehmerverbänden, vom Deutschen Industrie- und Handelstag vorgegeben, die dann bald eine Ausländer-"Rückführungs"-Aktion starteten. Für die Unternehmer zählen wir alle nur, solange sich unsere Arbeitskraft profitabel nutzen läßt. Sonst werden wir „freigesetzt", und von der Arbeitslosigkeit sind unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen am stärksten betroffen. Spaltung der Belegschaften war und ist die Absicht.

Die CDU formulierte schon im Juni 1992:"Wenn man von der Ausländerschwemme in unserem Land spricht, meint man vor allem die Türken - und das nicht zu Unrecht. (...) Das Ausländerproblem ist heute eigentlich ein Türkenproblem." (CDU-Zeitung Bochum)

Die Faschisten waren begeistert. Die Deutsche National Zeitung schrieb am 8.10. 82: „Die neue CDU/CSU/FDP-Regierung hat ein Programm zur Ausländerpolitik vereinbart, das in vielen Punkten den Forderungen der Freiheitlichen entspricht."

Also: Die Bundesregierung hat „die Türken" den Nazis als Opfer angeboten.

Angesichts der Toten macht sich regierungsoffizielle Hetze gegen Türken nicht so gut. Aber die Politik der Spaltung einer zu unterdrückenden Bevölkerung wird weiter betrieben, z.B. durch Horst Eylmann, den Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Bundestag:"Als wir diese Asylbewerberzahlen noch nicht hatten, hat es doch im Zusammenleben gerade mit den Türken überhaupt keine nennenswerten Schwierigkeiten gegeben." (KN, 3.6. 93)

Also los, gemeinsam auf die Schwächsten...Die Nazis lachen sich ins Fäustchen.

Und als sich vor wenigen Tagen mehr als 2/3 der Mitglieder des Bundestages, den noch immer ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht mitwählen darf, freiwillig, ohne Not, mit erheblicher krimineller Energie und im Bewußtsein über die Folgen in einer Vereinigung zur Liquidierung von Grundrechten zusammenschlossen, gaben sie damit den Mördern das Zeichen, weiterzumorden.

Schleswig-Holstein war führend beim Zustandekommen des „Asylkompromisses", von dem die FreundInnen des Deutsch-Türkischen Volkshauses in ihrem Demonstrationsaufruf zu Recht schreiben, daß er "nur einen Meilenstein im Kampf gegen die bundesdeutsche Demokratie darstellt. Kaum ist dieses Ziel erreicht, schon wird eine neue Etappe angegangen." Heide Moser, wesentlich an der Verständigung von CDU und SPD beteiligt und von den KN seitdem als „Asylexpertin" gehandelt, wurde zum Lohn Sozialministerin...

Wir vergessen das nicht und lassen uns nicht den Mund verbieten. Falsche Freunde sind oft schlimmer als sichtbare Feinde.

Diese ganz Gesellschaft befindet sich in einer Krise. In aller Welt schafft bundesdeutsche Politik Fluchtgründe. Und obwohl es Reichtum und Geld in Deutschland im Überfluß gibt, verelenden Menschen, werden -zig Milliarden auf ausländische Sonderkonten und in die internationale Börsenspekulation geschoben, werden Sozialleistungen in verbrecherischer und auch verfassungswidriger Weise gekürzt bzw. zum Abschuß freigegeben. Das muß zu Verzweiflung und Wut führen, und damit sich diese nicht gegen die Schuldigen richtet, werden diese den von ihnen ersonnenen Rassismus und nationalen Größenwahn auch weiterhin brauchen.

Uralte Mechanismen. Bertolt Brecht sagte deshalb einmal:"Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, der wird ihn brauchen." - Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

Wir alle gemeinsam, ob Deutsche unterschiedlicher Nationalitäten, Türken, Kurden, Roma und Sinti, Ghanaer, egal - wehren wir uns gegen die Brandstifter und Biedermenschen. Leisten wir Widerstand in jeder geeigneten Form. Wir sind keine Sündenböcke und keine Opferlämmer! Wir sehen hin und greifen ein, denn wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

Kämpfen wir für gleiche Rechte und die Beseitigung der Sondergesetze, für die Wiederherstellung des Asylrechts und das Bleiberecht für alle. Die doppelte Staatsbürgerschaft muß eine Selbstverständlichkeit und nach kurzer Zeit des Aufenthalts automatisch zuerkannt werden. Die Existenz und Propaganda faschistischer Organisationen muß verboten und wirkungsvoll beendet werden.

Wir müssen eine Kurswende in der Sozialpolitik erzwingen. Mißtrauen wir allen Versprechungen. Nur Taten überzeugen. Nehmen wir unsere gemeinsame Zukunft in die eigenen Hände. So ehren wir die Toten am besten.

„... es gibt auch ein Deutschland von anständigen Menschen!" *(Heide Simonis)*

Heide Simonis, Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, sprach auf der Abschlußkundgebung der Kieler Demonstration. Selber mitzugehen hielt sie nicht für nötig.

Etwa zwei Drittel ihrer Redezeit widmete sie der Abrechnung ... nein, nicht mit den Mördern und ihren AnstifterInnen, sondern mit den KritikerInnen ihrer eigenen Politik. Nach den ersten Pfiffen geriet sie völlig außer Fassung und wohl auch aus dem Konzept.

Das Manuskript ihrer Rede blieb ein Geheimnis. Aber alle konnten dieses hören:



Heide Simonis fand kein Wort eigener Trauer über die Toten von Solingen. Stattdessen beschuldigte sie andere, die trauernden türkischen MitbürgerInnen „benutzt und instrumentalisiert" zu haben - weil sie Heide Simonis Heuchelei vorwarfen!

Heide Simonis fand kein Wort der Scham darüber, daß Deutsche brutale Mordtaten begehen. Sie schämte sich für andere („Ich schäme mich manchmal für dieses laute Deutschland, ich schäme mich für dieses brüllende Deutschland, diese Bilder im Fernsehen, das ist genauso erschreckend wie andere Schreihälse an derer Stelle") - weil sie Heide Simonis Heuchelei vorwarfen!

Heide Simonis sprach wenig von der Ausgrenzung rechter Gewalttäter. Sie grenzte andere aus („... dieser Lärm ... das ist hier nicht Deutschland!") - weil sie Heide Simonis Heuchelei vorwarfen!

Heide Simonis fand kein Wort der Kritik an der Beseitigung des Asylrechts und keines der Selbstkritik wegen ihrer eigenen Haltung dazu. Um so rücksichtsloser griff sie andere an („Ihr macht den Menschen ihr Bild kaputt von einem friedlichen Deutschland!" - „... wer auf der Straße wegguckt, wenn einer zusammengeschlagen wird, wer sein Auto nicht anhält, wenn ein Verletzter auf der Straße liegt, der macht sich der Unmenschlichkeit genauso schuldig, wie die, die hier schreien") - weil sie Heide Simonis Heuchelei vorwarfen!

Man faßt es nicht. Heide Simonis, als Befürworterin der Asylrechtsänderung mitverantwortlich für die Ermutigung der Brandstifter, stellt die KritikerInnen ihrer Politik wegen dieser Kritik auf eine Stufe mit den SympathisantInnen der Mörder. Unmenschlich handelt, wer untätig zusieht, wie Menschen sterben. (Heide Simonis ausgenommen.) Gleichermaßen unmenschlich handelt, wer Heide Simonis auspfeift. - Ja, ist die Frau verrückt geworden? Wollte sie so den Vorwurf der Heuchelei entkräften? Wer wollte ihr noch ein Wort ihrer Versprechungen glauben?

D.L.

Nach dem Boykott-Aufruf in Solingen:

Gewerkschaftlicher Protest gegen DGB-Führung

Am Morgen des 5. Juni geisterte ein Gerücht durchs Gaardener Volkshaus: „Der DGB hat aufgerufen, nicht zu den Demonstrationen zu gehen!" In Kiel war nichts zu erfahren, keiner wußte davon, „ das kann nicht sein!" war die durchgängige Meinung.

Kann es doch. Zwar nicht für alle Demonstrationen, wohl aber bezogen auf die Solinger Demonstration gab es eine interne Erklärung des DGB-Vorstandes in diesem Sinne. Nach außen sollte nur eine Stellungnahme gelangen, in der die Demonstration in Solingen gar nicht erwähnt wird: „Zu Besinnung und Nachdenken ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund die Arbeitnehmerinnen und Arbeitemehmer anläßlich der Trauerfeier für die Mordopfer von Solingen am kommenden Donnerstag auf ...". (DGB-Nachrichtendienst vom 1.6.93)

Die „Frankfurter Rundschau" meldete am 5.6. im Anschluß an die Berichterstattung über den „Solinger Appell": „Dagegen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einem schon am Mittwoch per Telefax an alle Gewerkschaftsvorstände geschickten internen Schreiben dazu aufgefordert, die Großdemonstration in Solingen zu boykottieren. Wörtlich heißt es in dem trotz der versuchten Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gelangten Text: „Nach uns vorliegenden Informationen schadet eine Beteiligung an der oben genannten Demonstration. (...) Wir raten dazu, zu der Veranstaltung auf keinen Fall aufzurufen!"

Das WDR-Mittagsmagazin berichtete am Freitag, der DGB-Vorstand begründe seinen Boykott-Aufruf damit, daß *´der Textaufruf* die begründete Gefahr von Gewalttätigkeiten nahelege´. (Hervorhebung von mir - D.L.)

Bis heute (17.6.) ist es mir übrigens nicht gelungen, das interne Fax in die Hände zu bekommen. Der Skandal läßt sich dennoch nicht unter dem Deckel halten. Dazu werde ich, und hier fühle ich mich besonders den türkischen Freundinnen und Freunden verpflichtet, auch in Kiel beitragen.

Als Beispiel innergewerkschaftlicher Gegenwehr angesichts solcher Vorstandspolitik mag Euch die Resolution dienen, die wir vergangene Woche auf einem IG-Medien-Seminar verabschiedet haben.

Dietrich Lohse

Resolution an den DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften

Gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen sowie Betriebsräte (...) haben aus der Frankfurter Rundschau vom 5. Juni 1993 erfahren, daß der DGB-Bundesvorstand in einem geheim zu haltenden Telefax die Mitgliedsgewerkschaften aufgefordert hat, die bundesweite Demonstration in Solingen vom 5. Juni 93 zu boykottieren.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Resolution halten diesen Vorgang für skandalös und politisch fatal. Wir können uns keine Begründung vorstellen, die eine solche Haltung rechtfertigen könnte. Auch eine unterstellte Gewaltbereitschaft ist keine geeignete Begründung.

Lehnt man Demonstrationen wegen möglicher Gewaltbereitschaft ab, darf man zu keiner Demonstration mehr aufrufen. Die Rechtsextremisten hätten gewonnen. Gewaltlosigkeit auf Demonstrationen kann nur wirksam erreicht werden, wenn die Mobilisierung und Beteiligung politisch wie quantitativ so breit wie möglich ist.

Wir müssen politische Motive für das Verhalten des DGB-Bundesvorstandes unterstellen, zumal die Aufrufer des Solinger Appells u.a. örtliche Einzelgewerkschaften, die Grünen und sogar eine christliche Organisation waren. Nach unserer festen Überzeugung war der Inhalt des Aufrufes zu dieser Demonstration der Anlaß für den Boykottaufruf des DGB-Bundesvorstandes.

Der Aufruf stellte richtig fest: „Die politischen Brandstifter sitzen in Bonn. Unsere Demonstrationen verstehen sich nicht als Schützenhilfe für Kohl & Co, um das Image Deutschlands im Ausland zu reparieren, sondern als Protest gegen Regierung und Parteien."

Wir brauchen eine breite und demokratische Bewegung gegen faschistische Tendenzen und rassistisch motivierte Mordanschläge. Wir brauchen aber auch endlich eine breite Bewegung für gleiche Rechte der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer und keine Abschaffung von Menschenrechten.

Kein Tarifvertrag ist das Papier wert, auf dem er geschrieben ist, wenn wir es ohne Gegenwehr zulassen, daß diese Gesellschaft in Mord, Totschlag, Verfolgung und Diskriminierung von Minderheiten aufgeht. Soll eine traurige Entwicklung in der gewerkschaftlichen Haltung, wie sie in der jüngsten Geschichte schon einmal zur Katastrophe geführt hat, wiederholt werden?

Wir fordern den DGB-Bundesvorstand auf, sich in einer Erklärung an die Mitglieder von seinem Boykottaufruf zu distanzieren. Darüber hinaus fordern wir den DGB und die Hauptvorstände aller Gewerkschaften auf, sich eindeutig für Aktivitäten und Aktionen gegen rechtsextreme Gewalttaten einzusetzen und künftige Demonstrationen und Aktionen zu unterstützen.

Die Gewerkschaften müssen eigenständige Aktionen im Betrieb für die Durchsetzung der doppelten Staatsbürgerschaft forcieren, bis hin zu Arbeitsniederlegungen.

Es darf keine Isolierung im demokratischen Kampf gegen Faschismus und Rassismus geben, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte.

Hintergrund:

Neofaschistische Gruppen in Solingen - auch "Deutsche Liga" aktiv.

Die folgenden Informationen wurden am 31.5.1993 zusammengestellt.

Vierzehn Tage vor den Morden an fünf türkischen Bürgern von Solingen uberfielen Neonazis und Skinheads auf dem Solinger Dürpelfest Besucher, die buntgefärbte Haare hatten, schlugen sie so zusammen, daß sie in Krankenhäusern behandelt werden mußten. Solinger Antifaschisten sahen, daß sich auf dem Fest der überregional bekannte Neofaschist Torsten Lemmer aufhielt (die folgenden Informationen über Lemmer sind einem Artikel der Antifaschistischen Zeitung NRW Nr. 1, Mai 1993, entnommen).

Lemmer ist führender Funktionär in neofaschistischen Organisationen, darunter stellvertretender Vorsitzender und Fraktionsgeschäftsführer der „Freien Wahlergemeinschaft“(FWG), die im Düsseldorfer Stadtrat als Absprengsel der Republikaner vertreten ist. Lemmer ist auch Manager der berüchtigten Nazi-Musikgruppe Störkraft. Er war früher Mitglied bei den REP in Köln und kennt von daher die damaligen Kölner REP- und heutigen Deutsche Liga-Mitglieder des Kölner Gemeinderates, Manfred Rouhs und M. Beisicht. Lemmer ist vor kurzem Mitherausgeber der von Rouhs herausgegebenen faschistischen Hetzzeitschrift Europa vorn geworden.

„Ordnungsdienst“ aus Solingen

Als die Deutsche Liga am 16.6.1992 im Kölner Senatshotel eine Veranstaltung zur Hetze gegen ausländische Bewohner der Bundesrepublik durchführten, waren als „Ordnungsdienst“ u.a. Mitglieder der Düsseldorfer FWG, darunter Lemmer, anwesend. Die Kölner Polizei untersagte damals der Veranstaltungsleitung den Einsatz ihres „Ordnungsdienstes“, weil er unifomiert war.

Bei dieser Veranstaltung traten als angemieteter „Ordnungsdienst“ auch Leute aus Solingen an, darunter der Solinger Bernd Schmitt, Leiter des Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverbands (DHKKV) (auch die Angabcn zu Schmitt sind der Antifaschistitschen Zeitung NRW, 1/93,, entnommen). Hinter dem DHKKV verbirgt sich der 1. H.S.C Solingen, auch bekannt als Thai-Box-Schule Hak-Pao. Leiter der Hak-Pao-Schule ist Bernd Schmitt. Entgegen der Tatsache, daB Schmitt auf Hetzveranstaltungen der Neofaschisten „Ordnungsdienst“ verrichtete, behauptet er in einem Schreiben an die Antifaschistische Aktion Wuppertal, sein „Ordnungsdienst“ sei absolut unpolitisch.

Die Verbindung zwischen Mitgliedern der Hak-Pao-Schule des B. Schmitt zu den organisierten Neofaschisten stellen neben Skinheads vor allem zwei Funktionäre der Neonazis her: Bernd Koch und Wolfgang Schlösser. Sie trainieren in der Schule von Schmitt. Die beiden Solinger sind seit vielen Jahren in faschistischen Organisationen tätig. (siehe An if aschistische Zeitung NRVV, 1/93). Anfang der achtziger Jahre wurde Koch Mitglied der Sozialrevolulionären Kampfgemeinschaft Deutschland, bestellte und verbreitete Propagandamaterial der illegalen Partei NSDAP/AO..Zur gleichen Zeit gründete Koch mit einigen NPD-Angehörigen aus Solingen und Wuppertal die Bürgerinitiative für Ausländerstop (BIFAS). Bei BIFAS-Treffen ließen sich die Mitglieder in SS-Uniformen fotgrafieren. Mitglied in dieser Hetzgruppe gegen Ausländer wurde W. Schlösser.

1983 schrieben BIFAS - Mitglieder Drohbriefe gegen jüdische Gemeinden, Frauenhäuser und Einrichtungen von Lesben in mehreren deutschen Städten und im benachbarten deutschsprachigen Ausland. Die mit Mord- und Vergewalt–igungsdrohungen versehenen Briefe waren in der Regel mit „NSDAP Gau Solingen“ oder „Reichsleitung Wuppertal“ unterzeichnet. Die Polizei identifizierte die Fingerabrücke von Koch und dem Wuppertaler BIFAS-Mitglied W. Binder. Binder wurde mit 21 Monaten Gefängnis bestraft, Koch mit 12 Monaten auf Bewährung. Ende 1986 wurde Koch Solinger Kreisvorsitzender der neofaschistischen FAP. W. Schlösser war ebenfalls in der FAP aktiv und wechselte sich mit Koch auf dem Posten des Kreisvorsitzenden ab.

Neonazis und Skinheads

Schlosser gründete 1989 die Bergische Front, die hauptsächlich aus jugendlichen Neofaschisten und Skinheads bestand. Schlösser und Koch landeten schlieBlich bei der Deutschen Liga, bzw. deren Vorläufer Deutsche Allianz. Koch lud am 5.7.1991 per Anzeige zum erstenmal zum monatlichen „Stammtisch“ der Deutschen Allianz in eine Solingen-Ohligser Kneipe in. Im Jahre 1992 inserierten Koch und Schlösser regelmäßig in der Zeitung der Deutschen Liga, der Deutschen Rundschau. Schlösser warb für eine Deutsche Kampfsportinitiative, „einem Zusammen-schluB von patriotisch denkenden Kampf-

DHKKV
Dipl.-Sportlehrer
Bernd Schmitt 8. Dan - Schreinerstr. 15 - W-5650 Solingen - Tel.: 02 12 - 59 00 44

Leider sind die meisten Deutschen zu bequem geworden, sich einem intensiven sportlichen Training zu unterziehen. In den meisten Clubs und Schulen in Deutschland liegt der Ausländeranteil bei über 80%

Sollte dies nicht zu denken geben?

Wir wollen keine Schläger ausbilden, aber hart trainieren, denn in einem gesunden Körper steckt auch ein gesunder Geist, aber ein vermiedener Kampf ist ein gewonnener Kampf.

sportlern, die es sich zum Ziel gemacht haben Kampfkünste im nationalen Lager bundesweit zu fördern".

Die Solinger Neofaschisten waren im letzten Jahr in der gleichen Art wie der rechtskräftig verurteilte Faschist Koch tätig: Nachdem beim Solinger Ordnungsamt im November eine Demonstration gegen die herrschende Asylpolitik angemeldet worden war, wurde der Anmelder der Demonstration am Telefon mit Morddrohungen terrorisiert. Außerdem wurde in diesem Jahr ein Brandanschlag auf die türkische Moschee ausgeübt.

In den letzten vierzehn Tagen stellten Antifaschisten fest, daß im Solinger Stadtteil Wald verstärkt ausländerfeindliche Propaganda der Deutschschen Liga verklebt worden ist. Wle die örtliche Presse berichtete (Solinger Tageblatt, Extrablatt vom 29.5.1993), trafen sich in letzter Zeit in dem Park „Bärenloch", der direkt hinter dem von den faschistischen Mördern angezündeten Haus liegt, regelmäBig faschistische Skinheads, die dort auch Schießübungen abgehalten haben sollen. Diese Skinheads waren nach Angaben von Solinger Antifaschisten Anhänger der Nazi-Musikgruppe Störkraft, die, wie schon gesagt, T. Lemmer managt. Er ist ebenfalls ein Verbindungsglied zur Deutschen Liga.

Die Beziehungen zwischen den Neofaschisten Koch und Schlösser zu Skinheads laufen anscheinend also über die Thai-Box-Schule des Schmitt in Solingen. Schmitt stellte für die Deutsche Liga einen „Ordnungsdienst" zur Verfügung. Schlösser baute eine faschistische Kampfsportgruppe auf,. doch wohl auch mit Mitgliedern der Solinger Kampfsportschule.

Organisierte Neofaschisten arbeiten in Solingen insbesondere in der Deutschen Liga. Diese organisierten Solinger Neofaschisten hatten Beziehungen zu faschistischen Skinheads. Waren diejenigen Skinheads, zu denen Koch und Schlösser Kontakt haben, an dem Treffen der Skinheads im „Bärenloch" direkt hinter dem Haus der türkischen Familien beteiligt? Hat die ausländerfeindliche Hetze der Deutschen Liga direkt auf diese Skinheads eingewirkt?

Nicht vorstellbar ist, daß Schlösser und Koch bei ihren Kontakten mit den Skinheads nicht über die aggressiven Ziele des „nationalen Lagers" sprachen. Genau um diese faschistische Propaganda zu verbreiten, hatten Schlösser und Koch ja Kontakte zu den Skinheads aufgenommen Daß Koch vor nichts zurückschreckt, zeigt seine Beteiligung an den Morddrohungen, weswegen er verurteilt wurde.

aus: Antifaschistische Nachrichten

"Thies du

Aktionen dänischer und deutscher AntifaschistInnen verhindern internationales Nazi-Treffen in Süddänemark

Mit zwei Demonstrationen am Sonntag den 16. Mai und Donnerstag dem 20. Mai demonstrierten deutsche und dänische AntifaschistInnen gemeinsam in Dänemark gegen die Durchführung eines internationalen Nazi-Treffens unter der Regie des deutschen Altnazis Thies Christophersen. Auch wenn nicht mit absoluter Sicherheit auszuschließen ist, daß es den Nazis um Christophersen doch gelang, in dieser Woche heimlich ein kleines Treffen zu organisieren, so kann doch davon ausgegangen werden, daß durch die antifaschistischen Aktivitäten ein Treffen in der ursprünglich geplanten Form verhindert wurde.

Thies Christophersens hatte in der Ausgabe 1/93 seiner vierteljährlichen Hetzschrift „Die Bauernschaft" angekündigt, er werde vom 17. bis zum 23. Mai 1993 eine Frühjahrstagung unter dem Motto „Nordische Dichtertage" durchführen. Christophersen ist einer der bekanntesten deutschen Geschichtsfälscher und Verbindungsmann zur internationalen Szene der organisierten Faschisten. Als ehemaliger SS-Mann im Auschwitz-Nebenlager Raisko eingesetzt war er nach der Niederlage der Nazis bedauerlicherweise einer Bestrafung für die von ihm begangenen Verbrechen entronnen, obwohl die Hauptkommission für die Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen ihn belastendes Material an die Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gesandt hatte. 1972 veröffentlichte er die Broschüre „Die Auschwitzlüge" die nach jahrelangen Verfahren schließlich doch verboten wurde. Seit 1986 existiert in der BRD ein Haftbefehl gegen ihn, was ihn dazu veranlaßte, nach Dänemark überzusiedeln, wo Nationalsozialistische Hetze nicht strafbar ist. Allerdings hat sich die BRD-Justiz auch nie besonders darum bemüht, seiner habhaft zu werden. So wurde ihm tatsächlich, vor einiger Zeit im Süddeutschen Raum ein neuer Reisepaß ausgestellt und ausgehändigt, ohne daß die ausstellende Behörde auf den gedanken gekommen wäre, ihn verhaften zu lassen. Diese Tatsache brachte empörte BürgerInnen in Kollund, wo Christophersen seitdem lebt, während der jetzt stattgefundenen Demonstrationen auf die Idee, ihn einfach bei Gelegenheit in ein Auto zu packen und an die deutsche Grenze zu fahren. Leider steht sein Gesundheitszustand einer solchen Aktion entgegen der ihn letztlich auch dazu brachte, via „Die Bauernschaft" den Verkauf seines Verlages anzukündigen.

Eine ähnliche Tagung, unter internationaler Beteiligung, hatte Christophersen zuletzt im Herbst 1992 in Antwerpen veranstaltet. Dabei wurde deutlich, daß eins der wesentlichen Ziele solcher Treffen die Kontaktaufnahme zwischen der internationalen Nazi-Szene und den jüngeren militanten Gruppen, die in Antwerpenwaren durch Kader der „Nationalen Liste" und des „Deutschen Jugendbildungswerkes" des Ewald Althans vertreten waren, ist.

Christophersen kündigte als Vortragende eine ganze Riege der deutschen Auschwitzlügner und Nazi-Propagandisten an (siehe nebenstehender Kasten). Je zwei Vorträge sollten jeweils am Vor- und Nachmittag stattfinden. Ansonsten sollte den „Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, auch selbst etwas vorzutragen".

Gleichzeitig tauchten im selben Zeitraum Hinweise darauf auf, daß sich auch internationale Nazi-Größen an diesem Kongreß beteiligen würden. In einem vom „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" verbreiteten „Arbeitsbericht" wurde auf einen „Revisionistenkongreß in Nordschleswig (heute Dänemark)" aufmerksam gemacht. Das „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" ist eine der Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Nationalistischen Front". Diese arbeitete in den Jahren 1992 und 1992 schwerpunktmäßig zum Thema „Revisionismus", wie die Nazis ihre Versuche die Geschichte Nazi-Deutschlands umzulügen und die Kriegsschuld Deutschland sowie die industrielle Vernichtung von Juden zu leugnen, verharmlosend nennen. Die FMJ kündigte jedenfalls in ihrem Aufruf einen Kongreß unter Beteiligung von unter anderen Ernst Zündel, David Irving und Robert Faurisson an.

• Zündel, Deutsch-Kanadier und Auftraggeber des „Leuchter-Reports" in dem pseudowissenschaftlich „bewiesen" wird,

Swindler..."

eine Massenhafte Vergasung von Juden habe nicht stattgefunden.

• David Irving, pseudoseriöser Geschichtsforscher aus England, machte sich in der Rechten Szene bis weit in konservative Kreise hinein einen Namen mit der These, Hitler hätte von der Völkermordpolitik gegen die Juden gewußt. Er dient den offen Nationalsozialistisch auftretenden Gruppen immer wieder als ehrenhaftes Aushängeschild, schwenkt aber seit einiger Zeit mehr und mehr auf den „Leugnungskurs" ein.

• Robert Faurisson ist der französische Autor des Buches „Es gab keine Gaskammern". Er wurde schon wegen der Leugnung von Nazi-Verbrechen verurteilt, ist aber nach wie vor aktiv, und der bekannteste Auschwitz-Lügner Frankreichs.

Diese Ankündigung und die zeitlich großzügige Gestaltung des Programmes der "Dichtertage" sowie die langjährigen Kontakte zwischen Christophersen und den angekündigten internationalen Nazis, ließen darauf schließen, daß diese im Rahmen der „Dichtertage" auftreten sollten, und lediglich aus Vorsichtsmaßnahmen nicht angekündigt waren.

Während anfang April erste Kontakte zwischen deutschen und dänischen AntifaschistInnen geknüpft wurden, wurde bekannt, daß Christophersen den Kongreß im Süddänischen Rudbøl abhalten wollte. Dort, ca. 20 km von der Nordseeküste entfernt und direkt an der deutsch/dänischen Grenze, hatte er jedenfalls ein größeres Tagungshaus gemietet. Noch während unserer Bemühungen, den Wirt zur Kündigung des Mietvertrages zu bringen im Gange waren, trafen sich dann erstmals deutsche und dänische AntifaschistInnen. Anwesend waren VertreterInnen eines Bündnisses der Antifaschistischen Aktion, StudentInnen gegen Rassismus, Gewerkschafter und des Verbandes Antifaschistischer Widerstandskämpfer aus Kopenhagen, Gruppen und Einzelpersonen aus Åbenrå, Angeln, aus Kiel, Rendsburg Lübeck, Husum, Flensburg Schleswig Eckernförde, Eutin, Heide,. Beschlossen wurde ein zweispuriges Demonstrationskonzept. Einerseits sollte, quasi zum Tagungsbegin, am Sonntag den 16. Mai eine möglichst breite Demonstration stattfinden, mit der auf den Kongreß aufmerksam gemacht werden sollte, und die dänische Öffentlichkeit dazu aufgerufen werden sollte, diesen Kongreß mitzuverhindern, falls die dänische Regierung ihn ungehindert ablaufen lassen würde. Andererseits sollte am Donnerstag den 20. Mai, Feiertag in Dänemark und Deutschland, eine Demonstration stattfinden, mit der wir den Kongeß, so er stattfände, tatsächlich unterbinden wollten. Trotz der Gefahr, die beiden Aktionen in eine „friedliche" Sonntagsdemo (der Kongreß sollte ja erst am Montag beginnen) und eine „militante" am Donnerstag aufzuspalten, wurde dieses Vorgehen für das Bestmögliche gehalten. Einerseits wollten wir uns nicht die Möglichkeit der Mobilisierung für den Donnerstag entgehen lassen, und gingen davon aus, daß eine erfolgreiche Demonstration am Sonntag ein Schutz und eine Legitimation für die Donnerstags-Demo darstellen würden. Andererseits wurde die politische Dimension des Ganzen, nicht nur in der Verhinderung dieses Kongresses Christophersens gesehen, sondern vor allem auch darin, auf die internationalen Verflechtungen dieser Szene hinzuweisen. Tatsächlich arbeiten die organisierten Faschisten schon lange international und versuchen damit Verboten und Repressalien zu entgehen, sowie antifaschistischem Widerstand auszuweichen. Neben Thies Christophersen wohnt auch der ehemals in Sörup wohnhafte ehemalige Arzt Pedersen, ein unverbesserlicher Rassist und Herausgeber der „Söruper Rundschau", der schon häufig durch gewaltsame Attacken auf AntifaschistInnen aufgefallen ist, seit kurzem in Kollund/Dänemark. Falls die dänische Regierung nicht bald gezwungen wird, gegen auf dänischem Gebiet aktive Nazis, die von dort aus sicher nach Deutschland ihre Propaganda verbreiten, vorzugehen, ist zu befürchten, daß auch die bei uns vor kurzem verbotenen Gruppen ihre Zentralen nach dort verlagern. In diesem Zusammenhang ist es ganz nebenbei interessant zu erfahren, daß Schönborn sich angeblich darum bemüht, seinen Wohnsitz nach Dänemark zu verlegen, um von dort aus, unbehelligt von Verboten, seine Arbeit fortsetzen zu können, wie das Magazin Hintergrund Information unter Berufung auf Recherchen des israeli-



Aus der Gästeliste Christophersens:

Die folgenden Angaben über die angekündigten RednerInnen sind unvollständig; sie sollen vor allem zeigen, daß hier maßgebliche FaschistInnen eingeladen waren. Zugleich wird auch deutlich, welch verschiedene Strömungen des Neofaschismus bei dem Thema Leugnung der Nazi-Verbrechen zusammenfinden

Roland Bohlinger

Verleger in Nordfriesland

80er Jahre: Leiter des „Deutschen Rechts- und Lebensschutzverbandes" (DRLV)

Er leitet bis heute den „Verlag für ganzheitliche Forschung", in dem vor allem rassistische und antisemitische Verschwörungsliteratur erscheint

1992: übernimmt die Herausgabe der neofaschistischen Monatsschrift NATION

Helmut Bruckmann

1984 Vortrag bei der neofaschistischen "Gesellschaftfür biologlsche Anthropologie, Eugenlk und Verhaltensforschung" (Chef: Nazi-Anwalt Jürgen Rieger)

80/90er Jahre: bundesweite Vortragstätigkeit beim antisemitischen „Bund für Gotterkenntnis / Ludendorffer"

Inge Detlefsen

1989 Autorin in „Die Bauernschaft"

1989 Vortrag beim „Nordischen Ring"

Gerd Honsik

1958 Mitbegründer der Schüler-Burschenschaft „Markomannen/Waidhofen"

1962 wg. Anschlägen zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt

1970 2. Bundessprecher der neofaschistischen NDP in Österreich

1980 Gründung der Zeitschrift „HALT"

1988 Autor des Buches „Freispruch für Hitler"

1990 wegen dieses Buches verurteilt ihn das Landgericht München zu einem Jahr auf Bewährung

1992 ein Wiener Geschworenengericht verurteilt ihn zu einem Jahr und sechs Monaten

Wolfgang Juchem

1977 Gründer der „Friedensaktion Wiedervereinigung", mit der er versucht, von rechts Einfluß auf die Friedensbewegung zu nehmen

1983 Redner bei Tagung Christophersens

1991 Kontaktperson der faschistischen „Deutschen Allianz" in Hessen

1991 Teilnahme am Heß-Marsch

1992 Redner beim Heß-Marsch

Annette Pedersen

ehemalige Frau des dänischen Nazi Riis Knudsen, der lange Zeit der WUNS (Weltunion Nationaler Sozialisten) vorstand

Dr. Hans-Christian Pedersen

80/90er Herausgeber der faschistischen „Söruper Rundschau", tätliche Angriffe auf Nachbarn und AntifaschistInnen

1990 Entzug der Zulassung als Arzt

Dr. Dierk Puls

geb. 11.11.1913 wohnhaft in Kiel plattdeutscher

schen Journalisten Svoray meldete.

Beide Demonstrationen sollten, sofern der Tagungsort bekannt bliebe, Vorort, ansonsten aber in Kruså einem Grenzort bei Kollund, dem Wohnort Christophersens und Pedersens, stattfinden.

Kurze Zeit später wurde bekannt, daß der Rudbølder Gastwirt Christophersen die Gaststätte gekündigt hatte. Ihm war wohl erst durch die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Berichte über das geplante Treffenklar geworden, auf was er sich da eingelassen hatte.

In der weiteren Vorbereitung der Demonstrationen wurde kein weiterer geplanter Veranstaltungsort bekannt. Teilweise wurde vermutet, Christophersen könnte das Treffen auf einem Schiff des dänischen Reeders Rasmussen, Mitglied des SS-Nachfolgeverbandes „Kameradenwerk Korps Steiner", abhalten. 1990 hatte ein internationales Nazi-Treffen eben genau auf einem Schiff dieses Altnazis stattgefunden.

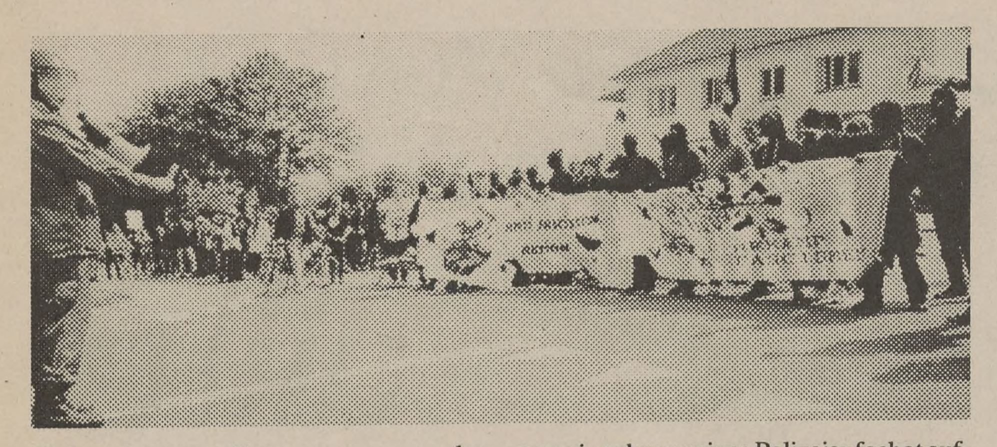
Bekannt wurde in der Zeit vor dem 16. Mai lediglich, daß sich der Schweizer Faschist G. A. Amaudruz, langjähriger Generalsekretär der Nazi-Organisation „Europäische Neu-Ordnung" und eine weitere, unbekannte Person, bei Christophersen und Pedersen in Kollund aufhielten. Trotz der damit eher spärlichen Informationen über den Kongreß wurde an der Demonstrationsplanung festgehalten. Die Einschätzung war die, daß Christophersen die Durchführung des Kongresses zumindest mit den „Prominenten" und wichtigen Vertretern bis zuletzt probieren würde, und außerdem eine Absage der antifaschistischen Aktivitäten sich negativ auf die gerade in der dänischen Presse begonnene Berichterstattung und demoralisierend auf vergeblich anreisende AntifaschistInnen auswirken würde. Am Freitag verteilten deutsche Skins die anscheinend aus Neumünster kamen, in Kollund Flugblätter, die von Stil und Sprache her wohl von Pedersen verfasst waren. Darin wurde erklärt, Chaoten aus Deutschland und Kopenhagen wollten einem alten Ehepaar (Christophersens) das Haus anzünden.

Am Sonntag den 16. Mai fanden sich denn ca. 800 AntifaschistInnen aus Deutschland und Dänemark in Kruså, direkt hinter der dänisch/deutschen Grenze ein. Alleine aus Kopenhagen waren etwa 150 Personen gekommen, weniger als erwartet, nachdem es in der vorangegangenen Nacht dort Auseinandersetzungen mit jungen Rassisten gegeben hatte. Auch ein Bus der liberalen dänischen antifaschistischen Bündnisses traf in Kruså ein. Mindestens 150 Menschen aus Kruså und Kollund beteiligten sich an der Auftaktkundgebung und der anschließenden Demonstration. Auf der Auftaktkundgebung sprachen eine VertreterIn des antifaschistischen Demonstrationsbündnisses, Jörn Ulrik Larsen von der Sozialistischen Volkspartei Dänemark, eine Vertreterin des Kopenhagener Bündnisses, und Frede Klitgaard, vom Verband ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer Dänemarks. Klitgaard machte eindrucksvoll deutlich, daß allein die Möglichkeit der Durchführung eines solchen Nazi-Treffens, ein Schlag ins Gesicht der Opfer des Nationalsozialistischen Terrors und der alten Widerstandskämpfer ist.

Die anschließende Demonstration führte zunächst ca. 2 km über eine Landstraße nach Kollund . Während des Verlaufes der Demo durch Kollund stieß die Demonstration, obwohl sie rein äußerlich von schwarzer Kleidung und Vermummten (über die Tatsache, daß in Dänemark Vermummung nicht strafbar ist, zeigten sich etliche deutsche TeilnehmerInnen höchst erfreut) dominiert wurde, auf sehr positive Reaktionen aus der Bevölkerung. Als, kurz vor dem Einbiegen in die Straße in der Christophersen wohnt, die Beiträge der Demo-Bündnisse nocheinmal auf dänisch vorgetragen wurden, wurden sie von Aplaus und zustimmenden Kommentaren aus der, die Kundgebung umringenden Menschenmenge, begrüßt. Der Besuch bei



Das verbarrikadierte Haus Christophersens in Kollund



Christophersens Haus war von der Demonstrationsleitung nicht vorgesehen gewesen. Die dänische Polizei hatte ihn in die Route aufgenommen. Nach dem Abstecher zu Christophersens Haus, dieser hatte sich mit Pedersen wohl in seiner Druckerei, die massiv von der Polizei abgeschirmt wurde, verschanzt sprach auf einer Zwischenkundgebung Helmut Stein von der VVN und eine Vertreterin der Antifaschistischen Aktion Kopenhagens. Danach wurde die Demonstration nach Kruså zurückgeführt und dort beendet.

Die Demonstration am 20 Mai sollte schon um 12 Uhr beginnen. Treffpunkt war erneut Kruså, allerdingens wollte man von dort nach Kollund fahren, um sich die Strecke über die Landstraße zu sparen. Die Stimmung war von Anfang an von einer massiv auftretenden dänischen Polizei geprägt. An der Grenze wurde jede/r kontrolliert, und beim kleinsten Anlaß nicht nach Dänemark gelassen. So reichte das Mitsichführen von Funkgeräten und Spendendosen, sowie das Beisichführen von Taschenmessern zur Zurückweisung. Alle Pässe wurden kopiert. Eine Person wurde grundlos zurückgewiesen. Drei Personen, die in Dänemark verbotene Gegenstände mit sich führten (Gas-Pistolen, Messer), wurden zunächst festgehalten und später zurückgeschickt. Die meisten kamen jedoch, nachdem sie die beanstandeten Gegenstände auf deutscger Seite zurückgelassen hatten, ungehindert über die Grenze. Damit wurde der Demonstrationsbeginn um mehr als eine Stunde verschoben. Insgesamt war die Stimmung sehr gut, weil entgegen anderer Befürchtungen doch mindestens 600 Menschen erschienen waren. Selbst aus Kopenhagen waren, nachdem zwei Tage zuvor bei einer Anti-Europademonstration mehrere Menschen von der Polizei angeschossen worden waren, etwa 150 TeilnehmerInnen gekommen, aus einem besetzten Haus aus Åbenrå ein ganzer Bus mit 50 AntifaschistInnen. Gemeinsam fur man mit den Bussen nach Kollund. Die Polizei hatte als Demo-Route nur die Straße zu Christophersens Haus genehmigt. Dort war ein sehr massives Polizeiaufgebot aufgefahren. Die DemonstrationsteilnehmerInnen verhielten sich auch diesmal äußerst diszipliniert. Auf die Provokationen der Polizei, die ständig mit voller Ausrüstung nahe an der Demonstration stand, wurde sich nicht eingelassen. Nachdem die genehmigte Demonstrationsroute beendet war, wurde die Demo formell aufgelöst. Sie bewegte sich sofort weiter auf der ursprünglich angemeldeten Route, in Richtung des Hauses von Pedersen. Nach ca. 400 Metern versperrte eine Polizeikette mit Hunden den Weg. In nächster Nähe waren auch größere Polizeigruppen in Reserve. Nachdem die KopenhagenerInnen die Polizei aufgefordert hatten, den Weg freizumachen, und darauf hingewiesen hatten, daß wir keine Konfrontation mit der Polizei wollten, die Polizeiführung jedoch nur ihre Kette verstärkte, drehte die Demo um und kehrte zu den Bussen zurück mit denen wieder zum Ausgangspunkt nach Kruså zurückgefahren wurde.

Auch am Donnerstag waren die Reaktionen aus der Bevölkerung sehr positiv. Die ganze Aktion schien in Kollund doch etliche Menschen aufgerüttelt zu haben. Dieser Eindruck wird auch durch die Tatsache verstärkt, daß sich in Kollund kurze Zeit später eine Bürgerinitiative gründete, die sich zum Ziel gesetzt hat, Christophersen und Pedersen ihre Propagandaarbeit von Kollund aus unmöglich zu machen, und für die Auslieferung Christophersens zu arbeiten.

Trotzdem bleibt die Situation schwierig. Leider gibt es bislang weder in Süddänemark noch im Norden Schleswig-Holsteins antifaschistische Gruppen, die in der Lage wären, eine kraftvolle und vor allem dauerhafte Kampagne gegen Christophersen in die Gänge zu kriegen. Ob andere Gruppen aus weiterer Entfernung zu einer solchen Kampagne Anstöße geben können ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls sollten AntifaschistInnen weiter hin genau beobachten, inwiefern Faschisten ihre Tätigkeiten von Deutschland nach Süddänemark verlagern.

Fantomas

Schriftsteller, Historiker
1982 kandidiert auf Platz 3 der Liste der rassistischen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“
80er bei den REP aktiv

Manfred Roeder
geb. 06.02.1929
1970 CDU-Mitglied
1971 Gründer der „Deutschen Bürgerinitiative e.V.“
1972 Ausbau seines „Reichshofs“ in Schwarzenborn zu einem Nazi-Zentrum
1974 an mehreren Überfällen auf eine Ausc~witz-Ausstellung beteiligt
1975 Teilnehmer an einer Christophersen-Tagung
1982 wg. Rädelsführerschaft in den „Deutschen Aktionsgruppen“ zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Gruppe hatte mehrfach Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesteckt und dabei VietnamesInnen ermordet.
1989 als Freigänger in der Druckerei eines REP-Mitgliedes tätig
1990 vorzeitige Haftentlassung
90er Jahre: Fortsetzung der faschistischen Tätigkeit, u.a. im Rahmen der „Deutsch-Rußländischen Gesellschaft“

Dr. W. Stäglich
1944 in Auschwitz tätig im Stab einer Flugabwehrabteilung
1972 gegen das NPD-Mitglied, der als Richter tätig ist, wird ein Disziplinverfahren eingeleitet, das ihn
1975 in den frühzeitigen Ruhestand führt
1975 Teilnehmer einer Tagung von Christophersen
1983 Aberkennung der Doktorwürde durch die Uni Göttingen
1991 Redner beim sog. „Revisionisten-Kongreß in München

Dr. August-F. Ventker
wohnhaft in Großhansdorf bei Hamburg
80er Jahre: Beiträge in verschiedenen neofaschistischen Zeitschriften, u.a. in „Die Bauernschaft“
1990 Redner bei Christophersen-Veranstaltung
1990 Vorsitzender des „Bund der Goden“
1992 aktiv tätig in der „Deutschen Volksversammlung“

Dieter Vollmer
wohnhaft in Schleswig
1976 Redner bei Christophersen-Tagung auf Helgoland
80er Jahre: aktiv bei der „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“
1989 Referent beim „Nordischen Ring“
80/90er Jahre: Autor in verschiedenen faschistischen Zeitschriften

Udo Walendy
70er Jahre: führender Aktivist der NPD
80/90er Herausgeber der „revisionistischen“ Schriftenreihe „Historische, Tatsachen“
1991 Redner bei der „1.Hetendorfer Tagungswoche“ (im niedersächsischen Hetendorf existiert seit Jahren ein großes Nazi-Schulungszentrum) 1992 Redner bei der „2. Hetedorfer Tagungswoche“

Mölln - Prozeß in Schleswig: Wahrheitsfindung im Dilemma

Am 17.5. begann in Schleswig vor dem Oberlandesgericht der Prozeß gegen die mutmaßlichen Brandstifter und Mörder von Mölln, Michael Peters (25) und Lars Christiansen (19). Anders als vorhergegangene Prozesse zu Nazi-Gewaltverbrechen finden die Verhandlungstage, die den Tod von drei Türkinnen am 23.11.92 aufklären sollen, ein starkes Echo in den Medien, das sich Anfang Juni, nach dem Brandanschlag von Solingen, noch einmal steigerte.

Parallel dazu laufen gegenwärtig noch zwei andere Prozesse in Norddeutschland, die mit dem von Schleswig in einer Beziehung stehen. Ebenfalls seit Mai läuft vor dem Schweriner Landgericht ein Prozeß gegen 12 junge Leute, die unter Anleitung der NPD-Kreisvorsitzenden von Lauenburg und Hagenow, Förster und Klasen, im Sommer '92 ein Asylbewerberheim bei Boizenburg überfallen haben sollen. Mit eben jenem Förster hat auch NPD-Mitglied Peters zusammengearbeitet. Ein weiterer Prozeß begann jetzt in Lübeck, wo gegen 10 Jugendliche aus dem Raum Wittenburg (Mecklenburg) wegen zweier Brandanschläge vom September '92 im Lauenburgischen verhandelt wird. Diese Aktionen werden auch Peters in Schleswig vorgeworfen, er hat die Beteiligung bereits zugegeben.



Antifaschistische Demonstration in Schleswig zum Prozeßauftakt

Zum Prozeßverlauf

Bis Mitte Juni fanden neun Verhandlungstage statt, an denen die beiden Beschuldigten zur Person und zur Sache gehört wurden, am Beginn der Beweisaufnahme standen danach die Zeugenvernehmungen der polizeilichen Vernehmungsbeamten. Bis Ende Juni ist der Prozeß terminiert, ob das eingehalten werden kann, ist fraglich.

Mit Prozeßbeginn zog auch der zweite Angeklagte, Peters, sein Geständnis zurück und klinkte sich ungefragt in die Verteidigungsstrategie von Christiansen und seinem hochdotierten Anwalt Bossi ein. Dieser wollte seinen Mandanten als gestraucheltes Problemkind verkaufen, der sich bereits von der lokalen Skinszene abgesetzt hatte und nur unter dem Ermittlungsdruck der Bundesanwaltschaft seine Täterschaft zugegeben hatte. Als er mit verschiedenen Anträgen, die eine weitere Nutzung der Geständnisprotokolle verbieten sollten, vor Gericht nicht durchkam, zog sich Bossi medienwirksam und unter Revisionsdrohungen aus dem Verfahren zurück. Trotzdem war es der Verteidigung zumindest zeitweise gelungen, im Publikum Zweifel an der Täterschaft Christiansens zu wecken. Und noch ein anderer Zweifel ist im Gerichtssaal aufgekommen und löste nach Solingen Beklemmung aus: Was, wenn - nach den zurückgezogenen Geständnissen - die Indizien und Zeugenaussagen zu einer rechtskräftigen Verurteilung nicht ausreichen? Wird die Aussage der neunjährigen Hauptzeugin zur Überführung genügen?

Prozeßbegleitung von links

War es in vergleichbaren Verfahren bisher oft so, daß erst linke Prozeßbesucher versuchen mußten, eine Öffentlichkeit zu schaffen für mangelnden Verurteilungswillen der Gerichte und für menschenverachtende Ignoranz der beschuldigten Nazis, so haben sich die Vorzeichen in Schleswig umgekehrt: eine große Koalition aus Bundesanwaltschaft und dem ehemaligen Grünen-MdB Christian Ströbele als Anwalt der Nebenkläger arbeitet für die Bestrafung der mutmaßlichen Mörder, und die Weltpresse schaut ihnen dabei auf die Finger.

So kam es bisher lediglich außerhalb des Verhandlungssaals zu einer Kundgebung am ersten Prozeßtag sowie einer Demonstration in der Schleswiger Innenstadt mit knapp 100 Teilnehmern, die womöglich selber noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird: Gegen Ende des lautstarken Umzugs provozierten zwei Skinheads mit Reichskriegsflaggen; weil die reichlich anwesenden Ordnungshüter trotz Aufforderung diese verfassungsfeindlichen Symbole nicht einziehen wollten, ergriffen einige Antifas die Initiative. Dafür gab es dann eine Festnahme wegen Diebstahls und einige Personalienfeststellungen.

Ein Ausblick

Meines Erachtens konnte es in diesem Verfahren von Anfang an der Antifa nicht vorrangig um die reibungslose Präsentation von geständigen Tätern gehen. Es ist das Interesse des Staates, mit einem Exempel dem Ausland die eigene Mitverantwortung auszureden. Dieses Vorhaben wurde durch die Solinger Morde direkt nach der Abschaffung des Asylrechts im Parlament in Frage gestellt. Wenn die Täter immer jünger werden, ferner politisch so unterbelichtet sind wie Peters und Christiansen, dann muß das gesellschaftspolitische Klima in den Vordergrund gerückt werden.

Für den Prozeß in Schleswig heißt das: Wie bereits öfters von Rechtsanwalt Ströbele versucht, muß der in einem Indizienprozeß zwangsläufigen Entpolitisierung entgegengewirkt werden. Dazu drängen sich u.a. folgende Fragen auf: Welche Rolle konnte die NPD unbehelligt in Sachen Volksaufhetzung und Tatvorbereitung in Lauenburg spielen? Hätten die Ereignisse im Herbst '92 eine andere Wendung nehmen können, wenn die beim nächtlichen Angriffsversuch auf die Unterkunft in Pritzier rechtzeitig anwesenden Polizeikräfte die Nazihorde mit beiden Angeklagten nicht einfach hätten abziehen lassen? Für die Überführung der direkten Täter spielen diese Fragen leider eine untergeordnete Rolle.

(mat)

Zu den Aktivitäten der NPD im Kreis Boizenburg-Hagenow gehört nicht nur die Durchführung von Mitgliederwerbung und rassistischen Veranstaltungen, sondern auch der Aufbau eines rechten Terrornetzes. Dies war von antifaschistischer Seite bereits im Zusammenhang mit den Morden von Mölln Ende 1992 untersucht worden (vgl. ATZE Nr. 18) und fand nun im Prozeß gegen elf angeklagte Faschisten in Schwerin seine Bestätigung.

NPD organisiert Überfälle auf Flüchtlingsheime

In dem seit April laufenden Prozeß gegen jetzt noch zehn Angeklagte im Alter zwischen 15 und 25 Jahren geht es um einen Überfall mit Brandsätzen auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bahlen Ende Juli 1992. Gegen den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Schleswig-Holstein, Heino Förster (66), der die Aufbauarbeit im Kreis Hagenow von Mölln aus unterstützte, wird gesondert verhandelt. Als Anführer und Organisator des Überfalles gilt daneben der 25-jährige Rüdiger Klasen. Er war 1991 am Überfall auf AntifaschistInnen beteiligt, die von einer Demonstration in Wunsiedel zurückkehrten; in Hagenow war er NPD-Kreisvorsitzender. Enge Kontakte hatte der NPD-Mann, der eine zeitlang als kommunaler Jugendpfleger tätig war (wir berichteten in der letzten ATZE), auch zum Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, von dem er Geld erhalten hatte, um in Mecklenburg-Vorpommern für die neofaschistische Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung ein Haus zu kaufen. Rieger hatte zunächst auch die Verteidigung Klasens übernommen; Klasen trennte sich nach Aussagen Riegers jedoch noch vor der Hauptverhandlung von ihm, weil er mit dem als Faschist bekannten Rieger schlechtere Verteidigungschancen zu haben glaubte.

Der Prozeß, der zu großen Teilen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, zeigt exemplarisch wie weit der organisierte Neofaschismus mit dem rechten Terror verflochten ist.

Der 21 Jahre alte Frank Schmidt bspw. sagte aus, er sei Mitglied der DVU gewesen. Dort seien „Gruppen zur Ausländerjagd" ausgebildet worden.

Sven Uterhardt, Nachfolger von Klasen als NPD-Kreisvorsitzender, bestätigte, daß sich der NPD-Kreisvorstand vor dem Überfall mehrfach getroffen habe, um den Angriff zu organisieren. Ort und Tatzeit seien fest verabredet worden. Ursprünglich habe der Überfall eine Woche früher stattfinden sollen, es seien jedoch zu wenige Mitglieder der Hagenower Gruppe erschienen. Aus diesem Grunde war für den Überfall am 31. Juli eine Gruppe aus Ludwigslust als Verstärkung geholt worden.



Rüdiger Klasen

Der NPD-Funktionär Förster war in die Pläne eingeweiht und ebenso wie Klasen am Abend am vereinbarten Treffpunkt erschienen. Der Überfall, bei dem glücklicherweise keine ernsthaften Verletzungen auftraten, war in Boizenburg vorher bekannt und die dort lebenden Jugendlichen haben ihn als Aktion der NPD aufgefaßt.

Für Klasen hat die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Mordes, Brandstiftung und Landfriedensbruch fünf Jahre und drei Monate Haft gefordert. Für die neun Mitangeklagten wurden Jugendstrafen zwischen acht Monaten sowie drei Jahren und acht Monaten beantragt. Vier der Strafen sollen zur Bewährung ausgesetzt werden. Ein zur Tatzeit 14jähriger soll mit Freizeitarrest bestraft werden. Die Verteidigung plädierte Mitte Juni 1993 für Klasen auf eine Bewährungsstrafe. Das Urteil lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Schon gehört?



Mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit begann vor dem Jugendgericht in Norderstedt Anfang Juni der Prozeß gegen die DVU-Mitglieder **Michael Hüfner** und **Daniel Steinbiß**. Richter Reecke wollte so die Stigmatisierung der beiden Angeklagten verhindern, die wegen versuchter Brandstiftung, Nötigung und Beleidigung angeklagt waren. Die angeklagten Taten - vor Häusern ausländischer Familien wurden bis zu zwei Meter hohe Holzkreuze mit Ku Klux Klan-Parolen aufgestellt, auf eine afghanische Familie wurde ein Brandanschlag verübt - hätten auch eine Anklage wegen Volksverhetzung, Brandstiftung und Mordversuch gerechtfertigt. Gegen zwei der vier Verdächtigen war das Ermittlungsverfahren bereits im Vorfeld eingestellt worden; die oben genannten DVUler wurden zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.



Landesvorsitzender der *Christlichen Mitte* in Schleswig-Holstein ist seit kurzem **Hubert Dombrowski** aus Rendsburg. In der Zeitschrift der im Norden bedeutungslosen Partei findet sich neben bevölkerungspolitischer Propaganda auch reichlich rassistischer Dreck. Besonders das Feindbild Islam wird ausgiebig gepflegt.



Sorgen bereitet den neofaschistischen Verlagen nach wie vor die politische Initiative Kieler BuchhändlerInnen und Verlagskaufleute, die beim Börsenverein des deutschen Buchhandels Maßnahmen gegen den Kieler Verleger und Buchhändler **Dietmar Munier** (*ARNDT-Verlag*, Orion-Heimreiter-Verlag, Buchhandlung am Dreiecksplatz) gefordert hatten. Im Euro-Kurier 2/93 des neofaschistischen Verlegers Wigbert Grabert heißt es zurückhaltend: „Es bleibt abzuwarten, ob der Börsenverein sich solchem Druck gewachsen zeigt.“

In der Zwischenzeit setzt Munier seine revanchistischens Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen fort. Dabei erhält er zunehmend Unterstützung durch andere neofaschistische Organisationen, wie z.B. den *Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.* und die *Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur*. In der diesen nahestehenden Zeitschrift *Huttenbriefe* hieß es im Mai dieses Jahres u.a.: „Wir haben Dietmar Munier unser Vertrauen geschenkt und uns seiner `Aktion Königsberg` durch Aufbringen finanzieller Mittel angeschlossen. Der stattliche Betrag von rund DM 75.000.- wurde für den Bau von Siedlungshäusern bisher eingebracht. Dazu kommen DM 65.000.-, bereitgestellt durch die Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur. für den Bau eines Kultur- und Schulhauses.“ Zu diesem Kreis gehört auch der Zollbeamte **Helge Redeker**, der mit Munier an führender Stelle in dessen „Aktion Deutsches Königsberg“ mitarbeitet.



Helge Redeker, Autor in den "Hutten-Briefen, hier als zweiter Vorsitzender des "Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen". Links daneben Ex-Rep-Funktionär Axel D. Neu, sowie Gerlind Mörig und Ingwert Paulsen - die übrigen Vorstandsmitglieder



An den revanchistischen Bestrebungen zum Anschluß des ehemaligen Ostpreußen beteiligt sich auch der am 17. Mai 1992 in Hamburg gegründete *„Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen e.V.“* Vereinsmitglied **Hans Diedrich Otto** war dort an der Gründung der Baufirma *Basis Hoch- und Tiefbau* beteiligt. Als Vorsitzende tritt Ilse Timm aus dem schleswig-holsteinischen Kisdorf auf.



Mit einem neuen Buch ist Anfang Juni der CDU-Rechtsaußen **Uwe Greve** (Kiel) an die Öffentlichkeit getreten. Unter dem Titel „Parteienkrise“ „rechnet Greve ... schonungslos mit den Fehlern seiner Partei ab“ wie es in einer Besprechung im *Ostpreußenblatt* heißt. Dort und im rechten Kampfblatt *Die Welt* erschienen bereits Auszüge, in denen Greve - leicht der Realität entrückt - davon fabuliert, daß - ausgerechnet - die CDU-Sozialausschüsse mit ihrem Vordenker Heiner Geißler den Kurs der Partei bestimmen würden.



Verstorben ist Anfang April die langjährige Aktivistin der Notverwaltung des Deutschen Ostens., **Annilise Schepke** (88), in Kiel. Jahrelang betreute sie deren Vierteljahreszeitschrift *Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens* sowie das Monatsblättchen *GOG-Zirkelbrief*. Diese Aufgabe hat seit April 1991 **Horst Ochmann** aus Groß-Wittensee übernommen.

Schon gehört?



Vier Mitglieder der Skinhead-Band *Kraftschlag* sind vom Amtsgericht Itzehoe Mitte Mai zu Freiheitsstrafen zwischen sieben und neun Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Dazu kamen Geldbußen zwischen 1.500 und 2.000 Mark pro Angeklagten. Das Gericht sah den Tatbestand der Aufstachelung zum Rassenhaß und der Volksverhetzung bei den 22- bis 25-jährigen **Heiko Feyerabend**, **Sascha Skrybski**, **Dennis Velde** und **Jens-Uwe Arpe** gegeben.

Dieses Quartett zeigte im Gerichtssaal keinerlei Reue. Sänger Arpe betonte vielmehr, hätte man gewußt, daß einige Texte strafbar seien, hätte man die CD und LP „schwarz" verkauft und nicht wie geschehen unter Angabe von Namen. Verhandlungsgegenstand war das Werk *Trotz Verbot nicht tot* von der Gruppe, das in Hannover hergestellt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß das darauf befindliche Lied „Scheiß Punk" die Menschenwürde einer Bevölkerungsgruppe verletze. Der Text des Liedes „Ausländerhure" verherrliche Gewalt und animiere dazu, Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge auszuüben, so sinngemäß die Urteilsbegründung.

Die Musikgruppe, die sich nach eigenen Angaben inzwischen aufgelöst haben will, berief sich über ihren Anwalt, den Neofaschisten **Jürgen Rieger**, auf die Freiheit der Kunst und Meinungsäußerung, distanzierte sich aber nicht von den Texten. Das Gericht setzte jedoch Grenzen: „Wo die Menschenwürde verletzt wird, hört die Freiheit der Kunst auf!", so der Richter. Rieger hat gegen das Urteil inzwischen Berufung eingelegt.



Bandmitglieder und Anwalt Rieger

Die Band spielte mehrfach auf Parteifesten der FAP und der inzwischen verbotenen DA. Zwei Gruppenmitglieder gehörten dem Ku-Klux-Klan an, der auch im Kreis Segeberg und im Kreis Pinneberg aktiv war. Die Ermittlungen wurden durch eine antifaschistische Initiative ins Rollen gebracht. Sie stellte der Staatsanwaltschaft Material über „Kraftschlag" zur Verfügung. Die Anklagebehörde begann dann im November 1992 mit den Ermittlungen, bei denen es auch zu Hausdurchsuchungen bei Bandmitgliedern kam. Nach der Verurteilung der Gruppe Radikahl ist dies erst der zweite Fall, bei dem es bei einer faschistischen Skinhead-Musikgruppe zu einer Verurteilung kam.



Im Prozeß gegen mehrere FAP-Schläger ist das Amtsgericht Oldenburg nun nun doch noch zu einem Urteil gekommen. Nach dem gescheiterten Versuch einer Wahlveranstaltung der FAP in Heiligenhafen im März 1988, hatte eine Gruppe von FAP-MitgliederInnen mehrere AntifaschistInnen überfallen und schwer mißhandelt (wir berichteten ausführlich über diesen Prozeß im letzten Heft). Von den ursprünglich acht Angeklagten wurden nun vier verurteilt. Gegen drei weitere wurden die Verfahren im Laufe der langwierigen Prozeßverschleppungen seitens verschiedener beteiligter Richter, unter fadenscheidigen Begründungen eingestellt. Diese ehemaligen Angeklagten durften allerdings jetzt zugunsten ihrer „Kameraden" als Zeugen aussagen. Der achte im Bunde, **Michael Homeister**, ist immer noch flüchtig - sein Verfahren wurde daher abgetrennt.

Nachdem sich schon im Prozeßverlauf angedeutet hatte, daß das Gericht nicht auf eine besonders harte Bestrafung der FAPler aus war, und der Verteidiger des Angeklagten **Detlev Brüel**, der Nazi-Anwalt **Rieger** aus Hamburg, es geschafft hatte, die NebenklägerInnen und ihre Zeugen vor dem Gericht unglaubwürdig scheinen zu lassen, war besonders der Urteilsspruch gegen Brüel interessant. Brüel, 32 Jahre alt und ein alter Kader aus der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten*, ist in der Vergangenheit schon mehrmals wegen Gewalttätigkeiten mit faschistischem Hintergrund zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Diese Strafen waren allerdings zur Bewährung ausgesetzt worden, die vorliegend noch andauerte. Daher war eigentlich zu erwarten, daß er bei einer Verurteilung im Oldenburger Prozeß nicht ein weiteres mal in den Genuß einer Bewährungsstrafe käme. Doch das schneidige Schwert des Strafrechts bekam Brüel auch diesmal nicht zu spüren: Neun Monate Freiheitsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung, ausgesetzt auf vier Jahre zur Bewährung, war sein Urteil. Was die Richter dazu bewegte gegenüber diesem notorisch gewalttätigen Faschisten erneut auf eine Vollstreckung der Strafe zu verzichten, ist nicht zu ergründen.

Hanno Wichmann, 26 Jahre alt und Fahrer eines der zu dem Überfall benutzten PKW wurde aufgrund der selben Vorwürfe wie Brüel zu 20 Tagessätzen von insgesamt 1600 DM verurteilt.

Andreas Haye und **Guido Wirsching** wurden beide, als zur Tatzeit noch unter 21 Jahren, nach Jugendrecht verurteilt. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung wurde ihnen die Zahlung einer Geldbuße von 900 bzw. 600 DM auferlegt.

Als erfreulich kann diese insgesamt sehr milden Urteile nur betrachten, wer zu guter letzt überhaupt an einer Verurteilung gezweifelt hatte. Zumindest bleibt festzustellen, daß ohne die Hartnäckigkeit der NebenklägerInnen und die Öffentlichkeitsarbeit antifaschistischer Gruppen der ganze Fall wohl schon vor Jahren eingestellt, und somit ein gefährlicher und brutaler Überfall auf AntifaschistInnen die nur durch Zufall nicht noch viel schlimmer als ohnehin verletzt wurden, völlig folgenlos für die Täter verblieb. Ob Detlev Brüel auch in Zukunft noch RichterInnen findet, die hoffen ihn durch Milde auf den richtigen Weg zu bringen, werden wir gespannt beobachten. Es ist kaum davon auszugehen, daß er die nächsten vier Jahre „stillhält" und somit seine Bewährungszeit durchsteht.

Aktion Fluchtburg

Aufmerksam geworden sind wir durch den Film „Gelem gelem - wir gehen einen langen Weg". 1989 hatten die Roma um ihr Bleiberecht gekämpft und das KZ Neuengamme besetzt. Auch die „Aktion Fluchtburg KZ", knüpft an das Gedenken an die ersten Deportationen von Sinti und Roma durch die Nazis nach Polen an, in deren Folge rund 500 000 Menschen dieser Volksgruppe umgebracht wurden.

Die Bundesregierung verweigert Wiedergutmachung. Sie erkennt weder Sinti noch Roma als Minderheit an - Deutschland sei kein traditionell angestammtes Siedlungsgebiet der Sinti und Roma, heißt es in der Begründung des Außenministeriums, noch hat sie die UNO-Resolution zum „Schutz der Roma" unterschrieben. Sie hat sich „Rücknahmeabkommen" mit Polen, Rumänien, Mazedonien u.a. erkauft.

Viele der hier seit einigen Jahren ansässigen Roma sind ganz direkt von Abschiebung bedroht. Einige dieser Romafamilien fliehen übrigens „zurück" nach Deutschland. Sie waren vor den Nazis in östliche Staaten geflohen. Sie haben deswegen keine deutsche Staatsbürgerschaft, weil ihnen diese 1935 von den Nazis entzogen wurde. Viele sind staatenlos.

Die Roma haben sich entschlossen, ihren langen Weg weiterzugehen. Es ist die Sache aller Antirassisten, sie dabei zu unterstützen.

Am 21.5. fuhren wir (Anning und Anna Lohse für die „Atze", Reinhard Pohl und Michael Barnikel (Fotos) für den „Gegenwind") nach Neuengamme, um mit Rudko Kawczynski zu sprechen. Rudko ist Präsident des Roma National Congress (RNC) und der Roma- und Cinti-Union.

„Hinter einer Mauer von Gleichgültigkeit wächst ein neues nationales Bewußtsein"

Interview mit Rudko Kawczynski

Frage: Sie wollten am 16. 5. die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besetzen. Die Hamburger Kulturbehörde hält die Gedenkstätte offenbar für eine heilige Kuh, verbot die Aktion und verhinderte die Besetzung mit Polizeigewalt. Warum wollten Sie gerade ein KZ besetzen?

Rudko: Also, da ist mindestens viermal das Wort „besetzen" drin. Es war eine symbolische Besetzung, ein workcamp, was hier sowieso ständig stattfindet auf dem Gelände. Also amnesty international macht nach unseren Erfahrungen da fast jedes Jahr ein workcamp drauf, das mehrere Wochen dauert, wir wollten nichts anderes. Es lief nur unter der Bezeichnung „symbolische Besetzung" und „Fluchtburg". Was anderes war es nicht, es war für einen begrenzten Zeitraum (geplant), um auf die Situation der Roma, auf die Kontinuität hinzuweisen, auch mit Ausstellungen, ... Und diese Geschichte ist bereits seit vielen Monaten mit den Behörden abgesprochen gewesen. Es ist ja nicht verboten worden, es ist widerrufen worden von der Behörde. Es ist schon merkwürdig, daß es ... genau zwei Tage nach Bekanntwerden des Gerichtsurteils in Hamburg widerrufen worden ist, welches nämlich besagt, daß wir in den Neuwahlen stehen. Und all das gibt mir so das Gefühl, daß man hier mit Hinblick auf die Wahlen so etwas veranstalten wollte wie „Laßt uns mal zeigen, daß wir auch hart sein können"...

Frage: ...das Postulat ...

Rudko: Richtig, das war das wichtigste, das Postulat ist das allerwichtigste. Und darüber hinaus auch, daß dort ein Gedenkgottesdienst stattfinden sollte ... Seit Jahren begehen wir den 16. Mai in Hamburg als einen Tag des Gedenkens an die Deportationen 1940. Unter anderem haben wir das auch in Neuengamme immer wieder mal gemacht, oder auch an den Orten, wo die Leute gesammelt worden sind, in Hamburg, zum Beispiel in Harburg draußen in der Noeldeckestraße, und was anderes sollte hier auch nicht stattfinden ... Nachdem der Widerruf war - Besetzung darf nicht mehr stattfinden - ... sind wir nur davon ausgegangen, daß wir dort einen Kranz niederlegen wollen und unserer Toten gedenken. Und diesen wollten wir und wollen wir uns auch nicht verbieten lassen.

Frage: Dieser Kranz ist zerfetzt worden?

Rudko: Dieser Kranz ist von der Polizei zerfetzt worden, in der Tat.

Frage: Und bis Kohl (auf das Postulat) geantwortet hat, bleiben Sie im Hungerstreik?

Rudko: In der Tat. ... und ich werde so lange wie möglich im Hungerstreik bleiben. Einfach um zu zeigen, daß die Bundesregierung, was Menschenrechte angeht, so weit davon entfernt ist, ... wie eine Kuh von einem Elefanten. (...)

Frage: Sie sind jetzt gezwungen worden, hier auf der Straße zu sitzen, um Ihre Aktion weiterzuführen. Das Durchhalten soll Ihnen besonders schwer gemacht werden. Wie ist die Situation der Menschen hier?

Rudko: Nun, das Durchhalten soll uns sicherlich auch schwergemacht werden, aber es ist ein anderer Hintergrund noch dabei. Man hat uns im Bewußtsein diese Straße gegeben, daß das die Hauptdurchgangsstraße ist, damit man sehr, sehr viele Anwohner gegen uns aufbringt. Man wollte die Anwohner auch gegen uns aufbringen, um dann irgendwann großzügigerweise räumen zu können, um ein paar rechte Wählerstimmen zu bekommen. Also sehr kurzfristiges, sehr provizielles Denken. Man merkt das immer wieder. Es ist eine bodenlose Arroganz und Borniertheit der Politiker, das zu glauben. Und daß die Rechnung nicht aufgegangen ist, beweist ja auch, daß die Anwohner es schon richtig verstanden haben, daß dieser Platz uns zugewiesen worden ist per Dekret, und

Neuengamme

man hat ja auch vor ein paar Tagen von Seiten der Anwohner eine Demo gemacht, um mit berechtigten Forderungen dort vorzusprechen. Eine der Forderungen war, daß wir auf das Gelände von Neuengamme rauf sollen.

Frage: Aber es gibt auch andere Anwohnerstimmen, Sie sind hier auch schon angepöbelt worden.

Rudko: Nun, es gibt auch andere Politiker, es gibt Anwohner, und die gesamte Grundstimmung in Deutschland ist ja mehr oder weniger eine sehr rassistische. Wir haben, da brauchen wir uns nichts vorzumachen, die größten Pogromwellen in der Nachkriegsgeschichte Westeuropas in Deutschland. Wir haben seit dem letzten Jahr rund dreitausend rassistische Überfälle, ich glaube mittlerweile sind das so an die sechzig Tote, ich glaub tausendfünfhundert Verletzte, die auf das Konto von, ja von Rassismus gehen. Das ist nicht unbedingt rechtsradikal, sondern einfach rassistisch.

Abgesehen davon, was nicht in den offiziellen Statistiken auftaucht. Wir haben in der Tat die größte rassistische Ausschreitungswelle in ganz Westeuropa hier in Deutschland, und das vor dem Hintergrund, daß Deutschland ja schon einmal in seiner rassistischen Politik Minderheiten, auch unsere Minderheit, fast ausgerottet hat. Das sollte zumindestens zu denken geben.

Frage: Ist das parallel in den Größenordnungen wie die Ausweisungswelle? Oder ist das in anderen Ländern auch ähnlich schlimm?

Rudko: Das ist in anderen Ländern überhaupt nicht so schlimm, ich will nur eine Zahl nennen. In Frankreich zum Beispiel, das als rigorosestes Abschiebeland gilt, ist die Anerkennungsquote für rumänische Asylbewerber bei rund 35 Prozent, in der Bundesrepublik bei 0,2. Der Ausländeranteil zum Beispiel in der Schweiz, wo es ja (als) am schlimmsten gilt, mit der Ausländergesetzgebung, ist bei über 15 Prozent. Der Ausländeranteil. Wenn man das hier auf die Bundesrepublik übertragen würde, müßten wir so rund ich glaub acht oder neun Millionen Menschen haben, fast zehn Millionen Ausländer, von denen sind wir noch weit, weit, weit entfernt.

Frage: Es ist nicht das erste Mal, daß Sie so eine größere Aktion machen. 1989 wurde die Forderung nach Bleiberecht nicht erfüllt und viele Menschen wurden abgeschoben. Was haben Sie vor, damit das diesmal nicht geschieht, und gibt es mehr Solidarität?

Rudko: Zunächst einmal ist es nicht wahr, daß da nichts geschehen ist. 89 hat Hamburg eingelenkt, glücklicherweise ging das damals auch noch, weil Hamburg - damals galt noch das alte Ausländerrecht, und nach dem alten Ausländerrecht gab es eben die Möglichkeit, daß Länder eigene Regelungen, Bleiberechtsregelungen umsetzen konnten, erlassen konnten. Damals sind ne ganze, ganze Menge Roma hiergeblieben nach dieser Regelung, ich weiß gar nicht, wie viele es waren, ...

Das war aber vor einem ganz anderen Hintergrund zu dem Zeitpunkt damals. Damals gab es zum Beispiel den Bürgerkrieg in Jugoslawien nicht. Wir haben jetzt die Situation, daß Jugoslawien von einem fürchterlichen Bürgerkrieg zerrissen ist, und merkwürdigerweise Roma dort in diesen Bürgerkrieg zurückgeschickt werden, obwohl die Bundesrepublik auf der anderen Seite sogar Militäreinsätze fordert gegen Jugoslawien. Es ist schon merkwürdig, daß die einzigen Jugoslawen, die ehemaligen Jugoslawen, die Bleiberecht hier in Deutschland bekommen, die Kroaten sind, die alten Verbündeten der Nazis. Es gibt also eine Kroatenregelung, wo es überhaupt keinen Bürgerkrieg mehr gibt, und alle anderen Bürgerkriegsregionen, auch Mazedonien, wo es ja demnächst auch knallen wird, von diesen Regelungen absolut ausgeschlossen worden sind. Das ist kein Zufall mehr.

Es ist auch kein Zufall, daß die Bundesrepublik Deutschland als einziges europäisches Land die Resolution 62 der UNO noch nicht unterzeichnet hat, nämlich zum Schutz der Roma. Das ist alles kein Zufall. Was hier passiert, ist eine Restaurationspolitik, ein absolut rassistisches Zurückfallen vor 45. Nur mit anderen Mitteln. Und ich bezeichne es immer noch als Scheckbuch-Faschismus, der jetzt hier betrieben wird. Und wir merken auch leider in der Linken, was heißt in der Linken, in der antirassistischen Szene, daß hier ein mörderischer Konsens langsam sich breitmacht, hinter einer Mauer von Gleichgültigkeit ... und mit eigenen Problemen beschäftigt sein wächst ... so was ähnliches wie ein neues nationales und soziales Bewußtsein.

Frage: Sie meinen, daß die Linke da nicht genug gegen tut?

Rudko: Ja, ich meine, wenn man sich so ansieht, daß zum Beispiel Hamburg mit dieser Neuengamme-Aktion bewiesen hat, wie man mit der Geschichte umzugehen versteht, und im gleichen Atemzug man sieht, daß eine ähnliche Aktion in Dachau, nämlich CSU-regiert, ohne Probleme stattfinden konnte, dann frage ich mich, wo ist hier rechts-links? Was hat Rassismus mit rechts oder links zu tun? Also ist die Hamburger Politik wesentlich rassistischer als die in Bayern. Ja, übrigens spricht dafür auch die Abschiebequote. Hamburg hat eine höhere Abschiebequote zum Beispiel als das ganze Land Bayern.

Frage: Wir haben von Nidar Pampurova gehört, die nach Mazedonien abgeschoben wurde, das ist eine Kölner Roma-Frau. Sie wurde von Freunden zurückgeholt und dann ließ die faschistische Partei Deutsche Liga sie steckbrieflich suchen und setzte ein Kopfgeld zu ihrer Ergreifung aus. Seitdem muß sie sich mit Mann und Kindern verstecken. Gibt es viele Familien, die sich hier versteckt halten müssen?

Rudko: Nun, sie wird ja nicht nur von der faschistischen DVU gesucht, sondern auch von der nicht-faschistischen SPD. Sie dürfen ja nicht davon ausgehen, daß die DVU diejenige ist, die böse ist, letztendlich ist Vollzugsbehörde die SPD in Köln und auch in Nordrhein-Westfalen, und das sind diejenigen, die die Leute an den Haaren in die Abschiebemaschinen zerren und sie dann deportieren oder sie in Abschiebehaft stecken, nicht die DVU. Die DVU ist vielleicht in ihrer Sprache ungeschickter, aber dafür ist die SPD in ihrer Handlungsweise sehr effektiv. Also die tun sich insofern nichts, ich habe vielmehr Angst vor der SPD in Nordrhein-Westfalen als vor der DVU. Im Moment jedenfalls noch. Deshalb muß man da die Ursache und die Wirkung nicht durcheinanderbringen. Die DVU ist ja in dem Moment nicht die Partei, die abschiebt. Obwohl, was dort passiert ist, ist sicherlich hanebüchen.

Ja, wir stehen vor dem Problem, daß das langsam eine generelle Geschichte geworden ist in Deutschland, wie gesagt, man fällt zurück in eine Politik, die nicht mehr nachzuvollziehen ist, wenn man sie als logisch nachvollziehen will. (...)

Aktion „Fluchtburg KZ“ -

Der Gang der Ereignisse

Am 5.5. schickt der Roma National Congress (RNC) das Postulatum an die Bundesregierung.

Am 16.5. versuchen die Roma unter dem Motto „Fluchtburg KZ“ die KZ-Gedenkstätte zu besetzen. Das wird von ca. 500 Polizisten verhindert. Auch der geplante Gedenkgottesdienst wird untersagt. Die zuständige Hamburger Kulturbehörde verweigert den Roma den Zutritt zur Gedenkstätte.

Am 17.5. tritt Rudko Kawczynski, der Vorsitzende des RNC, bis zur Beantwortung des Postulats in Hungerstreik.

Ca. 150 Roma errichten zunächst auf einem Kornfeld in der Nähe ein Zeltlager, bekommen jedoch am übernächsten Tag die Auflage, dieses auf einer vielbefahrenen Durchgangsstraße zu errichten. Das hat zur Folge (und soll auch zur Folge haben), daß die Anwohner sich durch die Roma behindert fühlen. Jetzt sind zwei parallel verlaufende Straßen gesperrt, die eine, die an der Gedenkstätte vorbeiführt, durch die Polizei, die andere de facto durch die Roma, denn die sind zwar gezwungen,



alle Leute durch ihr Lager zu lassen, aber mit dem Auto kommt man dort nicht durch. Die Situation ist jetzt die, daß die Polizei die KZ-Gedenkstätte vor Angehörigen und Nachkommen ehemaliger KZ-Häftlinge „schützt“. Weiterhin wird durch die Anwesenheit von so viel Polizei das in der Bevölkerung ohnehin vorhandene Vorurteil, „Zigeuner“ seien kriminell, verstärkt. Es bildet sich eine Bürgerinitiative, die zunächst die Räumung des Roma-Zeltlagers fordert, dann jedoch - nach Diskussionen mit den Roma selbst - die Roma bei der Forderung nach Öffnung der Gedenkstätte unterstützt.

Trotzdem ist die Stimmung im Ort nicht gut. Trotzdem werden die Roma in den folgenden Tagen immer wieder angepöbelt, versucht offenbar auch die Polizei, den Keil zwischen Roma und Anwohnern immer tiefer zu treiben.

Inzwischen sind über 700 Leute in dem Camp. Die Versorgungslage ist schlecht. Es gibt bisher kein Wasser, das heißt, alles Wasser muß in Kanistern geholt werden. Die Geschäfte in der Umgebung weigern sich zum Teil, den Roma etwas zu verkaufen - ein Sinto aus Kiel wird in einem Restaurant nicht bedient, als er ein Glas Mineralwasser bestellt, das er zum Hinunterspülen von Medikamenten benötigt. Hilfsdienste (Deutsches Rotes Kreuz, Arbeitersamariterbund, Diakonisches Werk) kümmern sich nicht.

Es gibt allerdings auch Solidarität. Ein Beispiel: Das Antirassistische Telefon mietet am 26.5. zwei Busse, fährt zu den Flüchtlingsschiffen am Hamburger Hafen und läd dort die Flüchtlinge ein, mit nach Neuengamme zu fahren. Es wird ein eindrucksvoller Konvoi. In Neuengamme wird dann eine Kundgebung veranstaltet, auf der Menschen verschiedenster Nationalität die Roma zum Durchhalten auffordern und politische Unterstützung zusagen.

Am 27.5. sind die Behörden endlich bereit, eine Gedenkfeier mit Vertretern der Familien zu genehmigen, die am Freitag, den 28. stattfindet. Eine Gedenkfeier, die für andere selbstverständlich ist - am 23.5. konnte eine Gruppe französischer KZ-Häftlinge ihre jährliche Gedenkfeier auf dem Gelände begehen. (Ein Kontakt zu den Roma wurde von der Polizei verhindert.)

Am Pfingstsonntag wird das Lager in Neuengamme abgebrochen.

Es ist eine „Antwort“ vom Innenministerium (Staatssekretär Vöcking) auf das Postulat eingetroffen: Die Roma wären doch als Minderheit anerkannt, sie sollten nur einmal nachlesen, was die Bundesregierung seinerzeit an die PDS geschrieben habe. Es gebe zwar eine historische Verpflichtung gegenüber den Roma, daraus könne aber kein Bleiberecht gegenüber den aus Jugoslawien stammenden Roma abgeleitet werden, das widerspreche dem Asylkompromiß. Die Roma würden nicht unter die Genfer Konvention fallen - was eine politische Interpretation durch die Regierung darstellt, um internationales Recht für eine bestimmte Gruppe außer Kraft zu setzen. (- lt. Telefongesprächen mit RCU)

Eine Woche später errichten ca. 200 Roma ein Camp in Bonn (nahe der Südbrücke in den Rheinauen - das ist in der Nähe der Vertretung des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen), um ihre Forderungen an das UN-Flüchtlingskommissariat zu untermauern. Sie wollen sich unter den Schutz der UNO stellen. Die Roma stehen jetzt auch in Verhandlungen mit der UN in Genf.

(Anning Lohse)

Postulatum des Roma National Congress

In Hinblick darauf,

- daß im Namen des deutschen Volkes während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über eine halbe Million Roma und Sinti systematisch ermordet und weitere Hunderttausende vertrieben, zwangssterilisiert oder mißhandelt worden sind,
- daß die Bundesrepublik Deutschland sich bis heute weigert, die Roma als ethnische und kulturelle Minderheit anzuerkennen, sich der besonderen geschichtlichen Verantwortung zu stellen und moralische Wiedergutmachung zu leisten,
- daß sich die Regierung der neuen Bundesrepublik Deutschland als einzige Regierung in Europa gegen die Resolution der internationalen Völkergemeinschaft zum „Schutze der Roma“ gewendet hat (UN-Menschenrechtsausschuß) Res. 62 vom März 1992 in Genf),



- daß die Lage der Roma bereits seit einigen Jahrzehnten Gegenstand von zahlreichen Debatten, Resolutionen und Empfehlungen der europäischen Gremien ist, in denen konkrete Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtssituation und Abschaffung bestehender Diskriminierung gegen Roma gefordert werden, Forderungen, die bisher von der Bundesrepublik Deutschland nicht in die Tat umgesetzt worden sind,
- Res.75/13 des EG-Ministerrates (1975) zur „Sozialen Lage der Roma in Europa“
- Empfehlung R83 1 zur „Situation staatenloser Nomaden und Nomaden mit ungeklärter Staatsbürgerschaft“
- Empfehlung 563 der Parlamentarischen Versammlung (1969) über“Lage der Roma in Europa“
- Res. 125 des Ministerrates (1983) über „Verbesserung der Lage der Roma“
- Bericht des KSZE-Expertentreffens über nationale Minderheiten (1991) in Genf Absatz VI „Chancengleichheit für Roma“
- Abschlußdokument des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki (1992) Artikel VI Absatz 35 „Probleme der Roma“
- Res. 62 der UN-Menschenrechtskommission (1992) zum „Schutze der Roma“
- Entschließungsantrag B3.0478/92 aus 1992 des Europäischen Parlaments über „Bürgerliche Rechte der Sinti und Roma“
- sowie der Empfehlung 1203 (1993) zur „Verbesserung der Lage der Roma in Europa“
- daß die Sicherheit der in der neuen Bundesrepublik lebenden Roma zunehmend durch pogromartige Überfälle gefährdet wird, und diese Pogromstimmung gegen Roma von deutschen Politikern immer wieder als eine „verständliche“ Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die „Lebensweise der Zigeuner“ gerechtfertigt wird,
- daß das Grundrecht auf Schutz der Familie durch deutsche Behörden mißachtet wird, indem Romafamilien regelmäßig auseinandergerissen werden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache,

- daß die dramatische Lage der Roma in den osteuropäischen Ländern und die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen sie, in den vergangenen Jahren ununterbrochen Gegenstand von Berichten internationaler Menschenrechtsorganisationen (AI, Helsinki Watch, GfBV u.a.) sowie internationaler Gremien gewesen ist,
- daß Roma aufgrund der wachsenden ethnischen Spannungen in den osteuropäischen Ländern zunehmend gezwungen sind, die Konfliktgebiete zu verlassen und in Westeuropa Zuflucht zu suchen, um kollektiver Verfolgung zu entkommen,
- daß mehr als zwei Drittel der Romaflüchtlinge Frauen und Kinder sind,
- daß deutsche Behörden sich weigern, Anträge von Romaflüchtlingen zu bearbeiten, die sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention berufen, obwohl die Genfer Konvention in Deutschland neben dem Asyl-

recht, international vereinbart, geltendes Recht ist,

- daß Gewalt gegen Roma in Rumänien von Ämtern der Bundesrepublik (Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtling) als“verständlich“ angesichts der „Fremdartigkeit“ der Roma legitimiert worden ist,
- daß die Bundesregierung mit Staaten Deportationsabkommen zur „Rückführung“ von Romaflüchtlingen aus Deutschland schließt, im Bewußtsein, daß diese Staaten systematische Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen,
- daß Roma weiterhin in Länder abgeschoben werden, in denen sie wegen ihrer Volkszugehörigkeit verfolgt werden und keinerlei Rechte einklagen können. Dort sollen sie, nach dem Willen deutscher Politiker, unter dem Deckmantel sogenannter „Re-Integration“ am Rande der Elend-Ghettos, in „Townships“, von Deutschland finanziert, zwangsweise „angesiedelt“ werden.

Vor dem Hintergrund,

- daß es den Vielvölkerstaat Jugoslawien nicht mehr gibt und besonders die Roma dem ethnischen Bürgerkrieg und den Nationalitätenkonflikten im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien schutzlos ausgeliefert sind,
- daß sie als einzige Volksgruppe mit dem Auseinanderbrechen des ehemaligen Bundesstaates Jugoslawien, in dem die Roma als ein Volk unter vielen anderen lebten, den Heimatstaat verloren haben. Darüberhinaus noch nicht einmal einen Anspruch auf Selbstbestimmung haben oder Gebietsansprüche erheben kînnten, somit de fakto staaten- und heimatlos geworden sind,
- da· die neue Bundesrepublik Deutschland weiterhin täglich Hunderte von Roma-Frauen, Männern und besonders Kinder in das Kriegsgebiet des ehemaligen Jugoslawien deportiert, obwohl die Roma nunmehr keinerlei Bezug zu den neuen ethnischen Einzelstaaten des ehemaligen Jugoslawien haben,
- daß deutsche Politiker sich immer wieder an der Hetze gegen Roma beteiligen, Vorurteile schüren und direkt oder indirekt Haß legitimieren und propagieren, indem sie den Roma selbst die Schuld an ihrer Verfolgung zuschreiben.

Fordern wir von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

1. Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des Deutschen Volkes gegenüber den überlebenden Roma des Holocaust,
2. Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion,
3. Die Finanzierung der für Roma errichteten „townships“ in den Ghettos osteuropäischer Staaten sofort einzustellen,
4. Roma-Flüchtlinge entsprechend der Genfer Konvention zu behandeln, und ihnen im Einklang mit der Konvention Flüchtlingspässe auszustellen,
5. Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen zu verpflichten,
6. Die Resolution 62 der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5.März 1992 mit dem Titel „Schutz der Roma“ nachträglich zu unterzeichnen,
7. Bei der Vergabe von deutschen Hilfen Staaten auszuschließen, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.

Roma wenden sich direkt an Genf

Mahnwache vor UNHCR-Vertretung in Bonn dauert an.

11.6.1993

Rund zweihundert Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien zelten bereits seit Montag vor der Vertretung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Bonn. Die Flüchtlinge sind von der Abschiebung in das Kriegsgebiet Jugoslawien bedroht und wollen sich unter den Schutz der UNO stellen. Sie fordern von der Bundesregierung, die Resolution „Schutz der Roma“ der UNO-Menschenrechtskommission vom März letzten Jahres anzuwenden und den Roma aus dem Krisengebiet ein Bleiberecht zu gewähren. Deutschland weigert sich als einziges europäisches Land, die Resolution zu unterzeichnen.

Heute sind direkte Gespräche zwischen dem RNC und der UNHCR-Zentrale in Genf aufgenommen worden. Die Europa-Referentin des UNHCR, Anneliese Demmer, äußerte Unverständnis angesichts der deutschen Abschiebepraxis in das ehemalige Jugoslawien und versprach, sich dafür einzusetzen, daß den Roma Flüchtlingspässe gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention ausgestellt werden.

Die Roma waren bis zum Zusammenbruch des jugoslawischen Staates eine der vielen anerkannten ethnischen Gruppen. Heute sind sie von der Politik der ethnischen „Säuberungen“ besonders betroffen, da sie selbst kein eigenes Gebiet haben und keine bewaffneten Gruppen unterhalten. Die jugoslawische Staatsangehörigkeit haben die in Deutschland lebenden Roma verloren. Sie werden von den neu entstandenen Republiken nicht als Staatsangehörige angesehen und sind deshalb de facto staatenlos. Der RNC fordert eine humanitäre Regelung, die es ihnen ermöglichen soll, in Deutschland zu bleiben. Eine vergleichbare Regelung hat die Bundesregierung für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion bereits eingeführt; in deren Rahmen sind bisher 50000 Juden in Deutschland aufgenommen worden.

BRD-Polen-Vertrag

Zigeuner zurück ins Ex-Generalgouvernement

Rudko Kawczynski, geboren 1954, lebt in Hamburg, Präsident des Roma National Congress, RNC (internationale Roma-Organisation) und der Roma- und Cinti-Union in Deutschland

Am 16. Mai 1940 begannen die Nazis mit den ersten Deportationen der Roma nach Polen in das damalige Generalgouvernement. 53 Jahre danach sollen nach dem Willen der deutschen Politiker Verträge mit Polen und anderen osteuropäischen Staaten angewendet werden, um Roma in den Osten zu „verbringen". Der vorerst letzte Vertrag wurde am 7. Mai 1993 mit Polen geschlossen. Für 120 Millionen wird Polen „bereitbezahlt", das Romaproblem im Sinne der deutschen Regierung zu lösen.

Täglich erreichen den Roma National Congress, RNC, Meldungen über neue Übergriffe und Greueltaten an Roma in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas. Vergewaltigungen von Romafrauen und Greueltaten gegen Romafamilien in den ost- und südosteuropäischen Staaten sind Ausdruck eines pervertierten „Demokratieverständnisses", dem die Roma in Südosteuropa schutzlos ausgeliefert sind.

Die deutschen Behörden bezeichnen diese Pogrome gegen Roma unter anderem als verständliche Reaktionen der Bevölkerung auf die Andersartigkeit der Roma und verweigern ihnen den Schutz als Flüchtlinge. An der deutsch-polnischen Grenze werden regelrechte Romajäger, sowohl der polnischen Streitkräfte als auch des Bundesgrenzschutzes eingesetzt, um den halb verhungerten Frauen und Kindern den Zutritt in die Freiheit unmöglich zu machen. Bei dem Versuch, in den Westen zu gelangen, kommen immer wieder Flüchtlinge, insbesondere Frauen und Kinder ums Leben.

Seit Januar 1992 sind dem RNC dreißig Fälle von vermißten Personen gemeldet worden. Immer wieder werden Leichen von Ertrunkenen an die Ufer von Oder und Neiße gespült. Mit deutschen Geldern werden die polnischen „Grenzschützer" aufgerüstet, um die deutsche Grenze gegen Romaflüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder, zu „verteidigen".

Polen wird allmählich zum „Wachposten" deutscher Interesen aufgrüstet. Auf deutscher Seite werden die Flüchtlinge mit modernster Technik gejagt und wie Vieh werden Roma von den „Grenzschützern" gefangen, verladen, gesammelt, um, in Maschinen gepfercht, deportiert zu werden. Zurückverfrachtet werden sie nicht selten Opfer von aufgebrachten Nationalisten. Romaflüchtlinge, denen die Flucht in den Westen gelingt, sollen nun nach dem Willen der Bundesregierung deportiert werden.

Spendenkonto: Roma National Congress, Bankhaus Fischer, BLZ 201 106 00, Kto. Nr. 001 032 1016, Stichwort Fluchtburg.

Damit diese Deportationen reibungslos durchgeführt werden, sind den Regimen der „Aufnahmestaaten" deutsche D-Mark-Millionen in Aussicht gestellt worden. An dem Elend unserer Menschen verdienen mittlerweile ganze Staaten. Die Roma werden zu Geiseln des osteuropäischen „Armenhauses". Gab sich Mazedonien noch 1990 mit 10 Millionen DM zufrieden, waren es schon 30 Millionen, die Rumänien für die Rücknahme der „Zigeuner" haben wollte, Polen war nicht unter 100 Millionen zu haben.

Um nicht den rassistischen Charakter dieser „Verträge" offensichtlich werden zu lassen, bemüht sich die Bundesregierung, die Zielgruppe dieser Vereinbarungen nicht offiziell zu benennen, obwohl jedem Beteiligten klar ist, daß es sich bei den Verträgen um die Übernahme und Deportation von „Zigeunern" handelt.

Dieses Vorgehen empfindet der RNC als eine moderne Form der „ethnischen Säuberung" und aktiven Unterstützung von Verfolgung der Roma.

Der RNC sieht im Vorgehen der Bundesregierung Deutschlands eine eklatante Verletzung der Menschenrechte.

(Aus: Sozialistische Zeitung, Gastkommentar)



Aus dem Landtag

DVU-Fraktion aufgelöst

Nur ein gutes Jahr hielt die DVU-Fraktion im Kieler Landtag; nun ist sie aufgelöst. Monatlich 80.000 DM an Fraktionsgeldern werden ab sofort nicht mehr ausgezahlt. Nach einem bereits länger schwelenden Streit zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Ingo Stawitz und der Münchner Parteizentrale, die dem Schleswig-Holsteiner Landesverband bereits Ende letzten Jahres in Gestalt des Bremer DVU-Abgeordneten Hans Weidenbach einen Aufpasser vor die Nase gesetzt hatte (die ATZE berichtete), kam im Mai auch offiziell das Ende.

Worum geht es? In der Frey-Presse erschien kurz vor Ostern ein Artikel, in dem Stawitz „schwerer Verrat an der DVU und ihrem Programm“ vorgeworfen wurde und von einem Parteiausschlußverfahren die Rede war. Konkret wurde dem DVU-Landesvorsitzenden und der von ihm geführten Fraktion übertriebener Aufwand für die Fraktionsräume, Benutzung eines Dienstwagens und Beschäftigung von zwei Sekretärinnen zu hohen Gehältern vorgehalten. Dazu kommt der Vorwurf, in der Satzung nicht vorgesehene „Gesprächskreise“ ins Leben gerufen zu haben, an denen ausgeschlossene und im Ausschlußverfahren befindliche Mitglieder teilnehmen könnten. Tatsächlich ärgerte sich Frey über die Personalpolitik von Stawitz. Freys Gefolgsmann Heinrich Gerlach, der das sogenannte Referat für Kommunalpolitik besetzt hatte und der als langjähriger Funktionär der JN und NPD bereits Erfahrungen in rassistischer Hetze aus Nordrhein-Westfalen mitbrachte, kam immer weniger zum Zuge. Außerdem waren Frey die Geldsummen, die von der DVU-Fraktion nach München überwiesen oder - als Anzeigenaufträge getarnt - an die Frey-Zeitungen übermittelt wurden, zu gering. Dabei konnte der von Frey eingesetzte Fraktionsgeschäftsführer Ernst Sahling schon monatliche Bezüge von 14.300 Mark einstreichen und den größten Teil davon nach München abgeben.

Stawitz seinerseits konterte auf einer Pressekonferenz mit dem Vorwurf, Frey ginge es nur ums Geld und die uneingeschränkte Macht in der Partei. 15.000 Mark hätten die Abgeordneten von ihren Diäten monatlich an die Münchner Parteizentrale abgeführt; 90.000 Mark seien für drei Anzeigen in Freys Blättern geflossen - eine, wie Stawitz verschwieg, im Grunde illegale Aktion, aufgrund derer der DVU in der Bremer Bürgerschaft monatelang die Gelder gesperrt worden waren.

Karin Voß, Hans Altermann, Ingo Stawitz, Harald Neubauer und Helmut Thienemann (von links) bei der Pressekonferenz

Auf einer Ende Mai stattfindenden Pressekonferenz erklärten fünf der sechs Abgeordneten der DVU ihren Austritt. Ein Übertritt zu den REP scheiterte zunächst. Drei schlossen sich dann der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DL) an, die in Schleswig-Holstein bisher eher ein Schattendasein führt. In der Stadt Köln haben sie es aufgrund ihrer Hetzjagd auf Flüchtlinge zu trauriger Berühmtheit gebracht. Beträchtlichen Einfluß hat die Deutsche Liga auch in der Solinger Nazi-Szene, aus deren Reihen die Mörder von fünf Menschen türkischer Nationalität kommen (vgl. gesonderten Artikel in diesem Heft).

In der Partei sammeln sich ehemalige Mitglieder aus NPD, DVU und REP. In Schleswig-Holstein gehören hierzu etwa der NPD-Funktionär Sabrautzky und der ehemalige REP-Geschäftsführer Klaus Gräf. Auf Bundesebene sind in der Parteispitze u.a. der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Mußgnug und der frühere REP-Generalsekretär und Abgeordnete im Europaparlament Harald Neubauer tätig. Dieser war auf der Pressekonferenz von Stawitz übrigens ebenso anwesend wie der frühere DVU-Abgeordnete in Bremen, Hans Altermann (jetzt ebenfalls bei der DL).

Während Frey nun in seinen Zeitungen hemmungslos gegen Stawitz und Co. hetzt, wird die einzige bei der DVU verbliebene Abgeordnete Renate Köhler mit einem Interview in der „Deutschen Wochen-Zeitung“ belohnt. In maßloser Selbstüberschätzung und mit Blick auf ihre ehemaligen FraktionskollegInnen der DVU äußert die selbsternannte „Haushaltsexpertin: „Wenn ich im Landtag das Wort ergreife, inszenieren die Herrschenden tumultartige Szenen. Aber das stört mich nicht. Ich trage die politischen Ziele meiner DVU offen und ehrlich vor. Die DVU hat mich in dieses Parlament gebracht und ich bin dankbar für alle Vorgaben der Partei, denn ich weiß, daß die DVU das Ohr beim Wähler hat.“

Ein Bericht über die Zentralen Erstaufnahmelager für AsylbewerberInnen in Schleswig-Holstein

ZAST ist KNAST ist KNAST ist KNAST

Hohe Zäune, Eingang bewacht, Ausweiskontrolle, umgeben von Militärkaserne, Polizeistation gleich dabei, lange Flure, Gemeinschaftswaschräume und -toiletten - Frauen und Männer zusammen - getrennt - egal, KEINE Tür verschließbar, Anwesenheits- und Zimmerkontrollen, Zwangsessen, 15.-/Woche, sogut wie keine Zeitung, Radio oder Kontakte, keine Ahnung, nichts zu tun, Isolation, Selbstgespräche, Hoffnungslosigkeit, Kopf quält Gedanken, Gedanken quälen Kopf, Schlaflosigkeit, Verzweiflung.

Im Zweifelsfalle gegen die/den Angeklagte/n

Fingerabdrücke, Fotos von vorne - von der Seite - und noch mal von vorne, Gesundheitskontrolle, Lagerausweis, Verhörung statt Anhörung, Beschimpfung statt Nachfrage, der Lügen bezichtigt statt überprüft, Drohungen, Erpressungen,

Abschiebung oder Illegalität.

***„Und gleich an Kopf und Kragen gepackt und raus damit.“** (Zitat: Fartmann, SPD - NRW)*

Dies sind Impressionen von Besuchen der vier Sammellager in Schleswig -Holstein.

Ab dem ersten April 93 waren in Schleswig-Holstein die letzten Voraussetzungen zur Durchführung von Asylschnellverfahren geschaffen worden, einst Alternativvorschlag der SPD anstelle von GG- Änderung. Ein Landesamt, zuständig für Verteilung und Abschiebung der Flüchtlinge war eingerichtet worden. Drei Entscheidungszentralen mit vier angeschlossenen Sammellagern nahmen ihren Betrieb auf. Das Lager in Flensburg wird getragen von der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie, Eggebek und Itzehoe vom Deutschen Roten Kreuz/Kreisverband Neumünster und Lübeck vom Arbeiter-Samariter-Bund.

Auf einer viertägigen Rundreise zu den Lagern haben sich Anwälte, Asylgruppen und amnesty international über die Praxis dieses Verfahrens informiert. Von den Flüchtlingen selbst wollten wir erfahren, in welcher Situation sie sich befinden und welche Perspektiven sie für sich sehen. Ziel war, die Realität der Flüchtlinge dem gegenüber zu stellen, was staatliche Verordnungen und das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) voraussetzen. Noch einmal, diesmal von den Flüchtlingen selbst, kann veranschaulicht werden, daß dieses Gesetz ganz bewußt so beschaffen wurde, daß Flüchtlinge systematisch daran gehindert werden, ein „Recht auf Asyl“ wahrzunehmen.

Weit mehr als 200 Flüchtlinge beteiligten sich an der Aktion. Alleine schon diese enorme Resonanz zeigt deutlich das Informationsdefizit und die Isolation, unter denen die Flüchtlinge leiden. Wir selbst sprachen 10 Sprachen und zusammen mit den Flüchtlingen konnten wir uns in 12 Sprachen unterhalten. ‹berall wurden wir zunächst mit resignativen Vorwürfen empfangen, was wir noch wollten, wir könnten doch sowieso nichts mehr helfen. Dennoch, überraschend schnell entwickelte sich zwischen allen eine vertrauensvolle Atmosphäre. Jeweils den ganzen Tag verbrachten wir gemeinsam. In Gruppen- und Einzelgesprächen wurden Informationen ausgetauscht und diskutiert. Was die Flüchtlinge und wir zu berichten hatten war entsetzlich, erzeugte Hoffnungslosigkeit und Wut.

Das Lager (über-)leben!

Wer die Hanseatenkaserne in Itzehoe besucht hat, neigt dazu, ausschließlich über dortige Verhältnisse zu berichten. Dies aber könnte den falschen Eindruck erwecken, das Leben in den anderen Lagern sei in irgendeiner Weise noch erträglich. Die gnadenlose Menschenverachtung, mit der dieser Staat Flüchtlingen begegnet entblößt sich an jedem Ort. In Itzehoe können sie es sich offenbar leisten, auf jedweden Schein von Fairneß und

Menschlichkeit zu verzichten. Ich werde mich also bemühen, einen Gesamteinblick zu vermitteln.

Schon der äußere Eindruck ist überall mehr oder minder der gleiche. Die Sammellager liegen in oder unmittelbar neben Militärkasernen, die ZAST in Lübeck innerhalb einer Polizeikaserne. Eine Polizeistation gehört zu jedem Lager, sowie hohe Zäune und Wachposten privater Wachunternehmen (Außnahme: Flensburg) an den von außen nicht zu öffnenden Toren (Ausnahme: Eggebek). In Izehoe wird, ausgestattet mit Funken, Patrouille gegangen.

Die Unterbringung ist überall katastrophal. Während Flensburg, zwar frisch renoviert, in seiner Substanz ok, fatal an einen Knast erinnert, mit seinen langen, sterilen Fluren und dicken Türen, sind die Lager in Eggebek, Itzehoe und Lübeck wohl seit Jahren, schon zu Zeiten, als diese noch von der Bundeswehr genutzt wurden, nicht mehr renoviert worden. in Eggebek zieht es durch die dünnen Wände und alten Fenster. Das uralte Linoleum hat längst schon aufgegeben und schwindet mit jedem Besenstrich. Alte Drahtgestelle und Schaumstoffmatratzen, in der Regel zu viert oder fünft auf ca. 16 qm, dienen überall als Schlafstätten, solange ihre Beine sie noch tragen. Eher drei als zwei Wände benötigen die alten Spinde zur Stütze. Wasch- und Toilettenräume gibt es pro Etage bzw. Baracke jeweils nur einen, sodaß man auf irgendeiner Etage dann auch solche findet, die für Frauen gekennzeichnet sind. Jedoch hielt Man(n) es nirgendwo für nötig, die Pinkelbecken aus den „Frauentoiletten“ zu entfernen. Häufige Verwechslungen, ob nun absichtlich oder nicht, sind vorprogrammiert. KEINE Tür ist abschließbar. In den Sanitärräumen sind sehr häufig sogar die Schlösser und Türklinken sorgfältig ausgebaut. Probleme und Beschwerden der Frauen werden nicht einmal ansatzweise ernst genommen. So wurde in Itzehoe, nachdem es zu sexuellen Belästigungen kam und die Frauen sich beschwerten, ein Riegel an die Tür des Duschraums montiert. Dieser hält die Tür nun einen Spalt weit offen und ist ohne weiteres von außen zu öffnen. Die Folge: Frauen duschen gar nicht oder nur, wenn andere Frauen vor der Tür wachen. Absolut unerträglich ist, daß die Zimmertüren nicht verschließbar sind. Besonders Frauen, die vergewaltigt worden sind, haben auch nachts keine ruhige Minute, da regelmäßig männliche Flüchtlinge, unter dem Vorwand, sich in der Tür geirrt zu haben, das Zimmer betreten. Nicht selten wurde es alleinstehenden Frauen zugemutet, den Raum mit einer Familie zu teilen.

Anwesenheitskontrollen werden täglich zwei bis drei mal durchgeführt, mittels eines Stempels in den Lagerausweis zu jeder Essensausgabe. 7.30 Uhr morgens: in Itzehoe beginnt der Tag mit einem Zählappell. Die Zimmer werden kontrolliert, leerstehende Betten sofort geräumt und, wie auch in Lübeck geben Lebensmittel und Getränke auf den Zimmern Anlaß zu Repressalien.

Bei DM 15,— Taschengeld pro Woche wird Gemeinschaftsverpflegung zum Zwangsfraß. Nicht selten mit Schweinefleisch; in Alu verpackte Portionen, angeliefert von Großküchen.

Nicht genug, daß die Abgelegenheit (eine Fahrt nach Lübeck DM 5,-) und das geringe Taschengeld die Bewegungsfreiheit masssiv einschränkt, werden (in Flensburg und Eggebek etwas großzügiger gehandhabt) in Itzehoe nur sehr selten und dann auch nur für maximal 24 Stunden Genehmigungen ausgestellt, den Kreis zu verlassen. Dies, obwohl ein eventueller Anhörungstermin nicht mehr zu verpassen ist.

Keine Zeitungen (gibt es, wenn überhaupt, nur an großen Bahnhöfen), kein Radio, keine Kontakte, keine Informationen - weder über ihre Rechte noch was weiter mit ihnen geschieht perfektionieren die Isolation zur Totalisolation. Die gesamte Lagersituation, der Zwang zur Untätigkeit, die ständige Ungewißheit über ihre Zukunft, fremden Behörden vollständig ausgeliefert und nicht zuletzt die Aufgabe einer Existenz in der vertrauten Gesellschaft, eine anstrengende und z. T. lange Flucht, Traumen der Verfolgung und/oder Folter machen die Menschen krank, treiben sie in Schlaflosigkeit und Depressionen, auch in den Selbstmord. EinigeBeispiele:

- Ein Kosovo-Albaner hat sich in Flensburg aus dem vierten Stock eines Lagergebäudes gestürzt, noch bevor über sein Asylbegehren entschieden wurden, trotz guter Chancen. Die Lagersituation vermittelt unweigerlich das Gefühl der Gefangenschaft. Nach zehn Jahren Haft und einer gelungenen Flucht sich wieder in einem Gefängnis zu befinden, nahm ihm die letzte Hoffnung auf Leben.
- In Lübeck sitzen zwei Frauen, deren Männer vor zwei Wochen von der Polizei abgeholt wurden. Seither gibt es keine Nachricht von ihnen, keiner will oder kann sagen, was mit ihnen geschah.
- Manche sehen ihre Zukunft nur noch in der Illegalität.
- Über quälende Gedanken und Schlaflosigkeit klagen alle.
- Vergewaltigte Frauen kommen aus ihrem Alptraum gar nicht mehr heraus.



Ein „Recht auf Asyl“ ?

Allein am Vergleich des unterschiedlichen Verfahrensablaufes und der Organisation zeigt sich schon, wie man eine ohnehin zu enge Reglementierung noch weiter verschärfen kann.

Alle Flüchtlinge, mit denen wir sprachen, hatten ihre Anhörung bereits am ersten, spätestens am vierten Tag nach ihrer Ankunft. Informationen über das Verfahren und Ihre Rechte erhalten sie an keinem Ort. „Dafür sind wir nicht zuständig“, so der Leiter des Bundesamtes in Flensburg. Lediglich ein „Laufzettel“, verfaßt in deutscher Sprache, klärt die Flüchtlinge über ihre zahlreichen Pflichten auf. In der Regel erfolgt mit der Antragstellung die Aufnahme in dem angeschlossenen oder zugewiesenen Sammellager; in unterschiedlicher

Reihenfolge, dann die ED-Behandlung, Gesundheitskontrolle und die Anhörung. Die Antragstellung erfolgt mündlich, übersetzt durch irgendeine/n DolmetscherIn, notiert von einer Schreibkraft und stellt selbst, nach wie vor, de Facto eine „Anhörung" dar, berücksichtigt man den Umfang, der Fluchtweg und -gründe beinhaltet und seine Bedeutung in dem Verfahren. In Flensburg und Lübeck erhalten die Flüchtlinge den Anhörungstermin gleich schriftlich im Lagerausweis vermerkt, wo sie dann zu 8.00 Uhr bestellt werden und in einem Warteraum des Landesamtes warten müssen, bis sie nach Aufruf die, mit Türspion, Kamera und Gegensprechanlage streng bewachte, Tür des Bundesamtes passieren dürfen.

Auch dieser Ablauf sieht in Itzehoe ganz anders aus. Flüchtlinge werden erst dann dem Lager zugewiesen, nachdem sie bereits Antrag, Anhörung, Gesundheitskontrolle und ED-Behandlung hinter sich haben. D.h.: Wer am Tag der Ankunft nicht mehr durch diese ganze Prozedur geschleust werden kann, muß auf dem Boden des fensterlosen Warteraumes übernachten, um dann, wohlausgeruht von der Flucht, nächstentags hochkonzentriert und bestvorbereitet ihre/seine Rechte wahrzunehmen. Das ist natürlich vollkommen absurd. Denn selbst zwei oder drei Tage „Ruhe" genügen nicht, dies Voraussetzungen zu schaffen. „Sie geben uns keine Chance, erstmal anzukommen, uns auszuruhen und zu sammeln." „Mein Leben stand auf dem Spiel. Ich bin konfus und depressiv.". Dies sind die häufigsten Kommentare der Flüchtlinge zu dieser Situation.

Die Anhörung:

Es gab zahlreiche Beschwerden über die DolmetscherInnen. Anhörungen werden in einer Zweitsprache durchgeführt: „Es würde viel zu lange dauern bis wir einen Dolmetscher Ihrer Sprache fänden". Manche beklagten: Der Dialekt der DolmetscherInnen war absolut nicht zu verstehen. Auf Beschwerde hin wurden sie der Lüge bezichtigt, da diese/r DolmetscherIn perfekt übersetze. „Sie geben uns keine Chance, uns so auszudrükken, wie wir es benötigen." Die Anhörungen wurden häufig unter Zeitdruck und in einer gespannten Atmosphäre mit hektischer Befragungspraxis durchgeführt: „Man ließ uns kaum Zeit uns einen Moment zu konzentrieren, was wir noch zu sagen haben.", „Die Antwort wurde vom Anhörer abgebrochen, noch bevor ich sie zu Ende ausführte." Eine Interviewerin beantwortete ihre Frage selbst, ohne anzuhören. Es kam zu Drohungen mit Abschiebung wenn Flüchtlinge während des Interviews einige Fragen stellen, denn, wer hier Fragen stellt, das seien sie. Vielen Flüchtlingen wurde deutlich gemacht, daß sie von vornherein als Lügner angesehen werden. Ca. 40-50 Flüchtlinge teilten übereinstimmend mit, daß insbesondere einer der Interviewer, Herr Bertermann (Itzehoe), sie im Befehlston angeschrien und als Lügner beschimpft habe. Z. B.: „Shut up, cause you'r only telling lies. You'd better go home soon." Dokumente zum Beweis der Richtigkeit ihrer Angaben wurden häufig gar nicht angenommen oder als „banal" beiseite geschoben. Bei der mündlichen Rückübersetzung des Anhörungsprotokolls bemerkte ein Flüchtling einen Fehler. Die Bitte um Richtigstellung wurde zurückgewiesen mit dem Kommentar, er habe es so gesagt, wie es dort notiert sei. In Itzehoe wurden zahlreiche Flüchtlinge mit Polizei und Abschiebung bedroht, falls sie das Anhörungsprotokoll nicht unterschreiben wollten.

Selbst wenn es wenige Beschwerden über die Anhörungspraxis (Flensburg) gab, ist an Hand der Protokolle über Umfang und Qualität der Anhörungen anzumerken, daß sie in keinster Weise dem Sinn gerecht werden können, Asylgründe herauszufinden und darzulegen. Es gibt zahlreiche psychische und physische Gründe, die es den Flüchtlingen unmöglich machen, detailliert oder überhaupt zu berichten. Erschöpfung und Depression sind schon genannt worden. Neben unzähligen anderen Gründen haben viele nach Verfolgung und Flucht gelernt, den Mund zu halten. Auch vertrauen sie den Behörden nicht. „Ich habe Angst, daß sie mit unseren Behörden Kontakt aufnehmen. Damit würden zurückgebliebene Familienmitglieder und Freunde gefährdet." Was sie nicht wissen: Diese Befürchtungen sind berechtigt. Läßt das neue AsylVfG diese Nachforschungen doch ausdrücklich zu (ß7 AsylVfG). Seitens der AnhörerInnen wurden keine Anstrengungen unternommen, Hilfestellungen zu geben, oder etwaige Widersprüche durch nachfragen zu klären, etc.

‹ber die Zustellung der Bescheide informiert eine Tafelnotiz. Die Namen erscheinen dort nur einmal, sodaß die Flüchtlinge einmal (in Itzehoe zweimal) täglich nachschauen müssen, ob der ihre darunter ist. Die Mitteilung alleine gilt schon als Zustellung. Von da ab gelten die einzuhaltenden Fristen. In Itzehoe war es nicht gerade die Ausnahme, daß sie ein Papier unterschreiben mußten, über dessen Inhalt sie nicht informiert wurden. Wieder wurden sie unter Polizeiandrohung dazu gezwungen. Später erst erfuhren sie, daß sie damit dem ablehnenden Bescheid und der Abschiebeandrohung zugestimmt haben.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Die Flüchtlinge besitzen in der Regel keinerlei Kenntnis über den Ablauf und die Anforderungen des deutschen Asylverfahrens. Werden sie systematisch in Unwissenheit gehalten? Dies führt zum einen dazu, daß sie ihre Rechte im Verfahren nicht wahrnehmen können und zum anderen, daß sie in dem Gefühl des ständigen Ausgeliefertseins leben.

Die Anhörung, die eigentlich dazu dienen sollte, die individuellen Fluchtgründe herauszufinden und ihre Relevanz für eine Anerkennung zu prüfen, dient generell eher dazu, Gründe für eine Ablehnung zu sammeln. Damit verletzt das Bundesamt im groben Maße seine Anhörungpflicht.

Die auf eine Woche verkürzte Klagefrist gegen die Ablehnung eines Antrages, der als „offensichtlich unbegründet" eingestuft wurde, macht das Einlegen eines wirksamen Rechtsmittels praktisch unmöglich. Manchen Flüchtlingen ist noch nicht einmal die Bedeutung der Ablehnung klar, fast niemand kennt die einzuhaltende Frist. Aus der Isolation des Lagers heraus, ohne deutsche Sprachkenntnisse können sie kaum einen sachkundigen Anwalt ausfindig machen, sofern sie ihn von DM 15,—/Woche bezahlen könnten. Der wiederum kann, ohne daß er noch Zeit hat Einsicht in die Akten beim Bundesamt zu nehmen, kaum eine wirksame Klage einreichen. Nach der GG-Änderung werden nun auch noch über 90% aller Flüchtlinge de jure vom Asylrecht ausgeschlossen. Das entlarvt die Behauptung, das Asylrecht sei in seinem Kern erhalten geblieben als politische und juristische Lüge.

Zustand, Ausstattung und Organisation der gefängnisartigen Lager verletzen in vielfacher Hinsicht die Menschenwürde und zeigen, daß Flüchtlinge nicht als achtenswerte Menschen angesehen werden. Diese Tatsache gilt auch unabhängig von dem Bemühen weniger MitarbeiterInnen um menschliche Hilfe. Die Einrichtungen sind zudem personell vollkommen unterbesetzt und die MitarbeiterInnen oft nicht ausreichend qualifiziert.

Auflösung aller Sammellager und ein Asylrecht, das von dem Schutzbedarf des einzelnen Flüchtlings ausgeht, wie es auch z.T. in der Genfer Flüchtlingskonvention niedergelegt ist. Heißt:

Bleiberecht und Grenzen weg! Keine Diskriminierung, gegen niemanden!

Was ist einem Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks - Anstalt des Öffentlichen Rechts - zumutbar? Und: Darf ein Mitarbeiter aus Gewissensgründen eine Arbeit verweigern? Mitarbeit bei der Propagierung rechtsradikalen Gedankenguts ist in jedem Fall zumutbar. Bei einer Verweigerung könnte, nach Darlegungen des NDR, „der umfassende Programmauftrag nicht erfüllt werden". Eine Berufung der Mitarbeiter auf Gewissenskonflikte, die zur Verweigerung der Mitarbeit führt, ist nicht statthaft. Das sagt der NDR, und das Hamburger Landesarbeitsgericht hat ihm in 2. Instanz recht gegeben. Geschehen im Mai 1993.

Genauer: Diese Gerichtsentscheidung ist im Mai 1993 gefällt worden. Der „Fall", der da nun in 2. Instanz verhandelt wurde, liegt zwei Jahre zurück. In Hamburg standen für den 2. Juni 1991 jene Wahlen an, die inzwischen wegen der zweifelhaften Praktiken der CDU bei der Kandidatenaufstellung für ungültig erklärt worden sind. Angetreten waren neben den etablierten Parteien auch verschiedene rechtsradikale, rassistisch-nationalistische Gruppierungen, die offen Fremdenhaß predigten.

Anfang Mai 1991 bekam nun die Rundfunkassistentin beim NDR Astrid Dieckmann –Schrader zufällig den Wahlspottext der „Hamburger Liste für Ausländerstop" in die Hände. „Normalerweise kenne ich den Inhalt der Wahlspots vorher nicht, da ich sie vor der Sendung nicht höre und auch die Texte nicht bekomme. Als ich dieses Machwerk las, wurde mir übel. Soviel unverhohlene Menschenverachtung auf einer Seite Papier. Ich konnte nicht glauben, daß der NDR das senden muß, und ich selbst dafür sorgen müßte, daß diese Hetzparolen über den Sender verbreitet werden." (Aus einer schriftlichen Stellungnahme für das Landesarbeitsgericht Hamburg)

Kein Rädchen mehr sein

Unter dem Eindruck des Gelesenen entschied Astrid Dieckmann-Schrader: Da mache ich nicht mit. In einer entsprechenden Mitteilung an die Leitung der "Hamburg-Welle" informierte sie darüber, „daß ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, zur Verbreitung rechtsradikaler, faschistischer und rassistischer Hetzparolen beizutragen". Sie könne und wolle nicht daran mitwirken, daß die Wahlspots der"Hamburger Liste für Ausländerstop", der"Nationalen Liste" und auch der Republikaner zur Sendung kämen, weil dies allesamt Parteien seien, die „Menschen diskriminieren und verleumden, Haß und Vorurteile schüren".

Die Rundfunkassistentin weiter: „Ich fühlte mich ganz konkret gefordert. Hier wollte ich mich als kleines Rädchen nicht mehr drehen. Ich will noch in den Spiegel gucken können. Bevor ich diese Volksverhetzung unterstütze, nehme ich jede Konsequenz in Kauf. Wenn es nur die Alternative gibt: Arbeit unter Gewissenszwang oder Gewissensfreiheit ohne Arbeitsplak, dann muß ich mich für meine Freiheit entscheiden, obwohl mir meine Arbeit wichtig ist und Freude macht."

Die Antwort des NDR erfolgte entsprechend altdeutscher Hausherrenart. Mit einer einstweiligen Verfügung sollte Botmäßigkeit erzwungen werden. Die führte bei Frau Dieckmann-Schrader allerdings ebenso wenig zur Beiseiteräumung der Gewissenskonflikte wie ein Drohbrief des Chefredakteurs Wolfgang Bombosch: „Ich muß Dich daherauffordern, daß Du weiterhin ordnungsgemäß Deinen Dienst versiehst und dafür sorgst, daß auch die Wahlspots der in Deinem Schreiben aufgeführten Parteien ausgestrahlt werden. Ein Verstoß gegen diese Pflichten könnte arbeitsrechtliche Konsequenzen haben."

Aber zu Lichterketten aufrufen...

Hehre Worte für die geforderte Mitwirkung bei derVerbreitung braunen Unrats, gepaart mit dem Knüppel der Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen. Dies von der Leitung eines Senders, die sehr wohl weiß um die Folgen des geschürten Ausländerhasses und die - wie im Herbst lekten Jahres durch den NDR-Intendanten und jetzigen ARD-Vorsitzenden Jobst Plog - geschehen, dazu aufruft, teilzunehmen an Lichterketten gegen Fremdenhaß,fürToleranz. Plog wörtlich: „Nicht nur die Programme des NDR, auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dahinterstehen, sollten ein Zeichen setzen. Es ist höchste Zeit dazu." Wohlfeile Sprüche, ähnlich denen, die aus Politikermund zu hören sind. Von Zivilcourage wird geredet. Davon, daß Widerstand gegen die geistigen und praktischen Brandstifter bei einem jeden selbst beginnen müßte. Daß man nicht abseits stehen dürfe, und was da so alles am Sonntag geredet wird. Im Mai 1991, als sich die NRD-Mitarbeiterin nach mehrmaliger mündlicher und schriftlicher Ankündigung und trotz Einstweiliger Verfügung nebst Drohung mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen" weigerte, einen Wahlspot der Republikaner zur Sendung zu bringen, da wurde im NDR Haus ein Zeichen gegen Zivilcourage gesetzt: Die Assistentin erhielt eine Abmahnung. Im Falle einer weiteren „Verfehlung" wurde ihr mit der Kündigung gedroht.

In erster Instanz entschied das Arbeitsgericht für den NDR. Ein Gewissen wurde der Mitarbeiterin zwar zugestanden, damit fertigwerden müsse sie aber alleine. Und außerdem - sei es auch ihr Auftrag gewesen, wenigsten jemand anderen zu finden, der statt ihrer den Wahlspot zum Sender bringt. Das aber zu tun, sah und sieht sie nicht als ihre Sache an. Ihre innere Einstellung, die zur Verweigerung der eigenen Mitwirkung geführt habe, könne solches nicht von anderen verlangen. So sagte sie es in der mündlichen Verhandlung Anfang Mai vor dem Landesarbeitsgericht. In der nun 2. Instanz hatten die Richter das ganz gewiß nicht einfache Problem zu klären, ob eine Gewissensentscheidung überhaupt zu akzeptieren ist, ob die angegebenen Gründe für die Verweigerung plausibel sind. So die Darlegungen des Vorsitzenden Richters Lewerenz.

Der Schrecken ist nähergekommen

Von Astrid Dieckmann-Schrader lag dem Gericht eine knapp sechsseitige persönliche Stellungnahme vor, in der ihre Entwicklung, ihre Denkprozesse, ihre ersten Schritte zum Mittun bei der Verhinderung des nochmaligen Triumphs des rechten Ungeistes dargelegt sind. Eine sensible Frau, die sich nach ihren Worten seit langem mit der Frage beschäftigt: „Wie hättest du dich verhalten in der Nazi-Zeit?" Ein Ereignis, das ihr Nachdenken beförderte, war der Putsch in Chile, der Mord an Allende. „Früher war der Schrecken weit weg. In den letzten Jahren hat er sich immer näher rangeschlichen. Es begann mit einzelnen "Türken raus"-Schmierereien, über "Türkenwitze"wurde gelacht. 1989 saßen die Republikaner im Berliner Rathaus. Die rechte Gesinnung ist etabliert. Einige Rechtsradikale setzen die Parolen in die Tat um. Menschen werden zusammengeschlagen und zu Tode getrampelt.

Dann folgen die Darstellungen ihrer ersten Schritte: „Ich demonstrierte und marschierte für Frieden und Menschenrechte. Mir war auch klar geworden, daß sich die Welt nicht auf einen Schlag verändern läßt, daß ich im kleinen Rahmen etwas tun muß, um Mißstände und Probleme zu überwinden."

Dem setzen der NDR und seine Rechtsanwälte grobe Geschütze entgegen. Sie könne nicht den Schutz der Verfassung, die Gewissensfreiheit garantiert, für sich in Anspruch nehmen, weil sie bisher nicht mit einschlägigen Aktivitäten in Erscheinung getreten sei. In der „breiten Masse eines Demonstrationszuges" sei sie nur mitmarschiert. Für ihre Überzeugung habe sie nichts weiter getan, „außer gelegentlich Geld zu spenden und hin und wieder in der anonymen Masse zu demonstrieren". Gleich zweimal und fast gleichlautend wird derart argumentiert, um zu der Feststellung zu gelangen, daß „nicht andeutungsweise erkennbar" ist, „inwieweit das Gewissen der Klägerin besonders geschärft, aktiviert oder sonst aus der Masse der anderen herausgehoben scheint".

Das nun ist von der Klägerin auch nie behauptet worden. Sie sieht sich nicht als die große Vorkämpferin, sie hat das widerliche Gehetze der Reps und Co. einfach nur angekotzt. Aus der gegebenen Situation heraus hat sie mit Herz und Verstand spontan entschieden: Bis hierher und nicht weiter!

Abmahnung ist zukunftsweisend

Rechtsanwalt Dr. Blau hat als Vertreter der Klägerin in der Verhandlung auf die Bedeutung der Abmahnung hingewiesen. Sie hat die Funktion der Rüge des vertragswidrigen Verhaltens und ist zudem Warnung: Mache das nicht wieder! Ist somit also in die Zukunft weisend. Eine Abmahnung dürfe nicht sein, wenn klar ist, daß hier eine Gewissensentscheidung vorliegt. Der Sender wußte um die Motive seiner Mitarbeiterin. Für den NDR blieb dessen Vertreter auch in 2. Instanz bei der alten Position: Wir erkennen keinen Gewissenskonflikt an, und jeder hat zu spuren.

Es dürfte nicht nur für die IG Medien, deren Mitglied Astrid Dieckmann-Schrader ist, von Interesse sein, mit welcher Begründung das Landesarbeitsgericht die Klage der Abgemahnten zurückgewiesen und die Positionen des NDR bestätigt hat. Die Urteilsbegründung - bei Redaktionsschluß lag die schriftliche Fassung noch nicht vor - wird Auskunft darüber geben, welche rechtlichen Maßstäbe für die Anerkennung einer Gewissensnot gesetzt werden. Ob der Mitarbeiter einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung überhaupt unter Berufung auf sein Gewissen so oder so entscheiden darf. Und: Wie überhaupt ist Gewissen meßbar? (Die Abgeordneten sind beispielsweise laut Gesetz nur ihrem Gewissen verantwortlich, und was dabei herauskommt, lehren uns diverse Affären und gelegentliche Berichte über den Umgang von Abgeordneten mit diesem oder jenem Vertreter der Wirtschaft).

Nach dem Urteil: Weitermachen!

Es ist eine Schande, daß die Rundfunkanstalten unseres Landes "von rechtswegen" überhaupt gezwungen sind, den Unflat der rechtsradikalen Parteien zu den Wahlen zu senden. Der NDR ist 1986 in einem Prozeß unterlegen, als er einen Wahlspot der "Hamburger Liste für Ausländerstop" nicht senden wollte. Hätte der "Fall Dieckmann-Schrader" nun nicht Anlaß sein können, mit der Stimme aller Sendeanstalten dieses Problem neuerlich aufzugreifen mit dem Ziel, die Ausstrahlung der verhetzenden Parolen ein für allemal unmöglich zu machen? Oder: Hätte der NDR, wenn er schon diesen Schritt nicht gehen will, dann nicht wenigstens die Gewissensnöte einer Mitarbeiterin anerkennen sollen? Hier wurde stattdessen mit den Muskeln gespielt, Macht demonstriert gegen eine Mitarbeiterin, die schon 13 Jahre in diesem Haus beschäftigt ist. Rechtsanwalt Blau sieht von daher auch als bedeutsam an, daß der NDR hier auf einem total überflüssigen Verfahren bestanden hat und besteht. Es sei nur deswegen erforderlich geworden, weil dieser Sender nicht die Souveränität besessen habe, darauf zu verzichten, eine Situation, die sich bereits geklärt hatte, auf sich beruhen zu lassen. „Das halte ich in der Tat für das politisch Fragwürdigste und das halte ich auch für so problematisch vor dem Hintergrund, daß dieser Sender aufruft zu Lichterketten und ähnlichem mehr."

Astrid Dieckmann-Schrader, die nicht mit einer Entscheidung in ihrem Sinne gerechnet hatte, wird in Revision gehen. Hoffentlich mit nachdrücklicher Hilfe der IG Medien und aktiverer Unterstützung ihrer Kollegen im Hamburger Funkhaus. Und der NDR: Er wird auch zu den bevorstehenden Neuwahlen wieder rechtsradikale Spots senden - und Mitarbeiter bestrafen, die sich weigern sollten, dabei mitzumachen. Und wenn's dann wieder irgendwo brennt, zündet Intendant Plog ein neues Kerzlein an.

Hans Daniel (aus: antiFa, 6/1993)

Meldungen

AntifaschistInnen aus dem Stadtbild tilgen ?

Mit dem Versuch, eine Reihe von nach AntifaschistInnen benannten Straßen im Berliner Stadtteil Lichtenberg umzubenennen, ist die CDU-Fraktion in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte Juni 1993 gescheitert. Mit der Begründung, die CDU habe nichts gegen AntifaschistInnen, sei aber gegen die Willkür, mit der in den 70er Jahren Straßenumbenennungen erfolgt seien, legte der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Kolski eine Liste vor, auf der u.a. die von den Nazis ermordeten WiderstandskämpferInnen Ursula Goetze, Rudolf Grosse, Paul Junius, Alfred Kowalke, Karl Lade, Otto Schmirgal und Johannes Zoschke verzeichnet sind. Allerdings wurde dieser Antrag der CDU mit neun zu zwei Stimmen im Kulturausschuß der Lichtenberger BVV abgelehnt. Geändert wird die Bezeichnung des Hans-Rodenberg-Platzes, der als Antifaschist Justizminister Sachsen-Anhalts war. Noch ungeklärt ist, ob die Siegfried-Widera- und die Robert-Siewert-Straße umbenannt werden. Der 1973 verstorbene Siewert war zwischen 1946 und 1950 Innenminister in Sachsen-Anhalt; als Leiter des Maurerkommandos und Initiator des Kinderblocks 8 im KZ Buchenwald hatte er Hunderte jüdische und polnische Kindern vor den Gaskammern von Auschwitz bewahrt. Zu Tumulten war es gekommen, als der JU-Vorsitzende von Lichtenberg seine Stimmabgabe für eine Umbenennung mit den Worten begründete, „ob Kommunisten oder Faschisten - das bleibt letzten Endes dasselbe“.

Skinhead in Flensburg verurteilt

Zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilte die Jugendkammer des Landgerichts Flensburg Mitte April einen 22jährigen Skinhead wegen gefährlicher Körperverletzung, Diebstahl und Raub. Er hatte in der Silvesternacht 1990 einen 31jährigen Berber derart zusammengeschlagen, daß er zwei Wochen später starb. Ein 29jähriger Skinhead war in der Anklageschrift nur als Mittäter aufgeführt, so daß er um eine Verurteilung wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung herumkam. Er war kurz zuvor in anderer Sache vom Schöffengericht bereits zu 17 Monaten Haft verurteilt worden.

„Rechtsbüro“ in Hamburg

Mit Sitz in Hamburg bietet seit einigen Monaten das „Deutsche Rechtsbüro“ seine Informationen und Kenntnisse der Klientel aus der neofaschistischen Szene an. Dabei geht es den FaschistInnen darum, den möglichen Spielraum für rassistische und antisemitische Hetze gegenüber der Justiz möglichst voll auszuschöpfen. Das Büro steht unter der Leitung der langjährigen Aktivistin des „Bundes heimattreuer Jugend“, Gisa Pahl, die früher im Büro des Nazi-Anwaltes Jürgen Rieger tätig war. Dieser hat nach eigenen Angaben beim Aufbau des Büros Unterstützung geleistet. Die Hamburger Rechtsanwaltskammer sieht nach Aussage ihres Präsidenten Klaus Landry zur Zeit keine Möglichkeit, Schritte gegen das Büro zu unternehmen.

Justiz milde zu Marineoffizieren

Selbst in Kieler Justizkreisen wird von einer „mageren Anklage“ gesprochen. Von vier Marineoffizieren, die vor einem halben Jahr in Kiel eine Übungshandgranate auf eine Flüchtlingsunterkunft warfen, muß sich nur einer vor Gericht verantworten. Und angeklagt ist der 27jährige Fähnrich nur, weil er die Granate unterschlagen und durch ihr Zünden eine Ordnungswidrigkeit nach dem Sprengstoffgesetz begangen hat. Die Ermittlungen gegen den Rest des Quartetts wurden eingestellt. Zwar war zunächst wegen einer Bedrohung mit rassistischem Hintergrund und Aufstachelung zum Rassenhaß ermittelt worden, aber dies habe sich nicht beweisen lassen, so die unverschämte Aussage der Staatsanwaltschaft.

Die Bundeswehr hatte die vier Soldaten zunächst vom Dienst suspendiert und Disziplinarverfahren eingeleitet. Ein Oberleutnant und der Fähnrich des Marinefliegergeschwaders in Kiel erhielten 3 Monate Flugverbot, das Disziplinarverfahren gegen den Oberleutnant endete mit einer Geldbuße.

AsylbewerberInnen: PatientInnen zweiter Klasse ?

Im Allgemeinen Krankenhaus Altona sollen Flüchtlinge nur noch behandelt werden, wenn es „wirklich zwingend erforderlich“ ist. Das geht aus einem Schreiben hervor, das der Leiter der Abteilung Rechnungswesen des Krankenhauses an die Chefärzte verschickt hatte. Darin wird vorgeschlagen, daß „bei nicht zwingenden Behandlungen entweder vom Patienten ein angemessener Vorschuß gezahlt oder die Behandlung abgelehnt werden sollte“. Ein Gewerkschaftsvertreter der ÖTV nannte diesen Brief „blanken Zynismus“, der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Krankenhäuser, Robert Pfeiffer, nannte es schlicht „Fremdenfeindlichkeit“.

Amtsgericht verurteilt wegen Hakenkreuz-Schmierereien

Zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilte das Husumer Amtsgericht Ende April den 21jährigen Husumer Wehrpflichtigen Adam B. Er hatte am Abend des 16. September 1992 am Gebäude der Husumer Nachrichten Hakenkreuze geschmiert. Die Bedrohung und falsche Beschuldigung eines polnischen Autofahrers blieb für Adam B. ohne Folgen.

Neofaschisten kandidierten bei Sozialwahlen

Bei den im Mai stattgefundenen Sozialwahlen haben auf der Liste der AUB (Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger) auch Mitglieder von NPD und REP kandidiert. Hierzu zählten bspw. der REP-Kreisvorsitzende von Starnberg, Wolfgang Hajek, und der frühere Stuttgarter NPD-Funktionär Ulrich Ruth. Die AUB distanzierte sich nach Bekanntwerden der Tatsachen von diesen Kandidaten. Ein Teil der faschistischen Presse hatte auf die AUB als einzig wählbare Vereinigung bei den Sozialwahlen hingewiesen.

NPD-Bundesparteitag verboten

Der für Anfang Juni im niederbayerischen Pocking angesetzte NPD-Bundesparteitag konnte nicht stattfinden, da das bayerische Innenministerium die Veranstaltung verboten hatte. Zwar hatte das Regensburger Verwaltungsgericht dies zunächst aufgehoben, der Verwaltungsgerichtshof in München bestätigte jedoch am Vorabend des Parteitages die Entscheidung. Innen-Staatssekretär Günther Beckstein hatte zuvor verkündet, daß „kein Bürger“ verstehen werde, wenn in der momentanen Situation „der Schutz einer Veranstaltung der rechtsextremistischen NPD höher bewertet worden wäre als die Schutzrechte der Allgemeinheit“. Gegen die NPD, die wegen antifaschistischer Aktivitäten bereits den ursprünglich geplanten Veranstaltungsort im thüringischen Bad Langensalza verlassen hatte, demonstrierten auch in Pocking etwa 200 AntifaschistInnen. Diese sahen sich einem massiven Polizeiaufgebot mit Hubschrauber und Dokumentationstrupps gegenüber.

Zum Tode von Wolfgang Grams

Am Sonntag den 27. Juni 1993 wurde Wolfgang Grams in Bad Kleinen (Mecklenburg-Vorpommern) von Beamten einer polizeilichen Sondereinheit mit einem gezielten Kopfschuß getötet.

Bundesstaatsanwalt und Innenministerium lancierten zunächst die üblichen Meldungen: die beiden „RAF-Mitglieder“ Grams und Hogefeld hätten sofort geschossen, die Polizeibeamten Grams in Notwehr getötet. Nur dem Umstand, daß die Einsatzleitung ihr Show-Down diesmal inmitten einer belebten Umgebung inszeniert hatte, ist es zu verdanken, daß diese Lügen aufgedeckt wurden. Ohne die Augenzeugen wäre diese Version sonst von den Medien weiterverbreitet und von der Mehrheit der Bevölkerung wohl auch geglaubt worden. Frau Hogefeld wäre vermutlich wegen Mordes an dem Polizeibeamten verurteilt worden ... . Also alles wie gehabt.

Möglich werden solche Vorgänge durch eine Staatsideologie die im Kern auf der Aussage beharrt „der Feind steht links“ (Bundesanwalt von Stahl) und durch die Existenz von Sondereinheiten deren Korpsgeist und direkte Unterstellung unter zentrale Leitung sie faktisch einer demokratischen Kontrolle entzieht. Diese Beamten werden jahrelang militärisch gedrillt, mit dem einzigen Ziel die Staatsfeinde von links zu „erlegen“. Auf der Jagd nach diesen Staatsfeinden mußten oft genug Menschenrechte, Unschuldsvermutung und andere demokratische Rechte hinter „Fahndungsinteressen“ zurückstehen.

Wir fordern die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission und die sofortige Auflösung der kasernierten Polizeieinheiten sowie aller polizeilich/militärischen Sondereinsatzkommandos!

„Unsere Ehre heißt Treue"

Bundesdeutsche Versorgungsrente für lettische Legionäre der Waffen-SS

Aufregung verursachte ein Beitrag des Fernsehmagazins „Panorama" am 29.3. 1993. In diesem wurde dargelegt, daß mittlerweile 128 ehemalige lettische Waffen-SS Mitglieder Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) beziehen. Weitere ca. 12 000 ehemalige Waffen-SS Mitglieder können, so das Bundesversorgungsamt in Ravensburg, mit einer Anerkennung ihrer Anträge rechnen, die in nächster Zeit erwartet werden. Zwischen 200 und 300 DM monatlich können die lettischen SS-Männer erwarten-das fünf- bis siebenfache der landesüblichen Durchschnittsrente. Somit zeigt sich wieder einmal, daß der deutsche Staat niemanden vergißt der ihm einmal geholfen hat, und daß die Treue, die auf gut deutsch Ehre heißt, vielleicht manchmal Geduld erfordert, letztlich aber doch recht einträglich ist.

Die Zahlung von Versorgungsrenten an SS-Angehörige ist trotz aller Empörung, die sich jetzt breit macht, nur insoweit ein Novum, als davon ehemalige Angehörige der lettischen Waffen-SS profitieren, die aufgrund der Gesetze der ehemaligen Sowjetunion eine solche Versorgung nicht beantragen konnten. Im Gegensatz etwa zum Bundesentschädigungsgesetz beinhaltet das Bundesversorgungsgesetz keine Ausschlußklauseln für Nazi-Täter. Dieses Gesetz sieht im Wesentlichen eine Versorgung der am Krieg beteiligten Wehrmachtssoldaten und der kriegsbeschädigten ZivilistInnen vor. Dem Wesen einer „Opfer"-Entschädigung hätte es entsprochen, Kriegsverbrecher aus den Versorgungsleistungen auszuschließen. Damit wären sämtliche SS-Mannschaften von Leistungen nach diesem Gesetz ausgenommen. Denn immerhin hatte der internationale Militärgerichtshof 1946 im Nürnberger Urteil gegen die Hauptkriegsverbrecher die Waffen-SS zur verbrecherischen Organisation erklärt. Die Waffen-SS, als Sammelbezeichnung ab 1939 offiziell, war gegen Kriegsende ca. 600 000 Mann stark. Sie war im Kern eine ideologisch eingeschworene und militärisch elitäre Formation und nicht nur sporadisch sondern maßgeblich und dauerhaft in Kriegsverbrechen und die nationalsozialistische Vernichtungsmaschienerie eingebunden. Zwischen Waffen-SS und den Mannschaften der Konzentrationslager, die phasenweise organisatorisch der Waffen-SS unterstellt waren, fand während des Krieges ein permanenter Personalaustausch statt.

Die Waffen-SS organisierte z.B. die Versorgung der Vernichtungslager mit Zyklon B. Währen des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion stellten Waffen-SS-Einheiten, unter anderem bestehend aus lettischen, estnischen und ukrainischen Waffen-SSlern, die Einsatzgruppen, die die Ermordung Hunderttausender Kommunisten und Juden betrieb.

Trotz dieser Fakten schloß der Gesetzgeber bei der Schaffung des BVG die Waffen-SS nicht von den Versorgungsleistungen aus. Vielmehr wurde der Dienst in der SS als dem „normalen" Dienst in der Wehrmacht gleichgestellt angesehen. Auf der selben politischen Linie befand sich auch die Tatsache, daß der Interessenverband der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen, die faschistische „HIAG" („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit") als gemeinnützig anerkannt wurde, anstatt ihn naheliegenderweise als kriminelle Nachfolgeorganisation zu verbieten.

Dieser Zusammenhang vermittelt eindrucksvoll, wie bis heute mit den Verbrechen der SS und der Wehrmacht in der BRD umgegangen wird. Diese Art des Umgangs lediglich mit der Kontinuität faschistischer Eliten in der BRD zu erklären, würde die Bedeutung dieser Politik nicht vollständig erklären. Was hinter der diesen Entscheidungen zugrundeliegenden Ideologie steckt, wird deutlich, wenn man sich noch einmal den Sinn des BVG ins Gedächtnis zurückruft: „Opfer des Krieges" sollten entschädigt werden. Über den Weg die Kriegsverbrecher in die Versorgungsleistungen des BVG einzubeziehen wurden diese also nicht nur materiell großzügig versorgt, sondern auch und vor allem moralisch gerechtfertigt und zu „Opfern des Krieges".

Das Ausmaß dieser Umdefinition von Tätern zu Opfern wird deutlich, wenn man sich die Schwierigkeiten von tatsächlichen Opfern des Nazi-Regimes betrachtet, in den „Genuß" derselben Versorgungen zu gelangen. Unter den Opfern der Militärjustiz und -psychatrie sind es vor allem ehemalige Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Befehlsverweigerer, die selbst oder deren Angehörige seit langem und oft vergeblich um ihre Versorgung kämpfen. Eine Versorgung wird für diese Personen nur zuerkannt, wenn ihre Behandlung als „offensichtliches Unrecht" anzuerkennen sei. Und, so der Referent des Bundesarbeitsministeriums: „Die Fälle der Fahnenflucht fallen nicht ohne weiteres unter den genannten Buchstaben". Ein Deserteur, so ein bundesdeutsches Gericht „mußte (...) damit rechnen, daß ihm wegen Fahnenflucht die Todesstrafe drohte" (...).

Damit wurden, nachdem die Täter in weiten Teilen zu Opfern gemacht wurden, umgekehrt den Opfern ihr Status entzogen. (Ohnehin wurden Diejenigen, die sich dem faschistischen Krieg durch Desertion oder Befehlsverweigerung entzugen, bzw. auf der Seite zum Beispiel der Roten Armee die Nazis bekämpften, niemals von offizieller Seitem als WiderstandskämpferInnen anerkannt geschweige dem dafür ausgezeichnet und belohnt. Im Gegenteil: oftmals wurden sie politisch und moralisch zu „undeutschen Vaterlandsverrätern" und damit den wahren Feinden Deutschlands gestempelt.) Da gilt es denn inzwischen auch schon als fortschrittlich, wenn in neuerer Zeit ein Gericht bestimmt, zu entschädigen seien Widerstandskämpfer, unpolitische Menschen, auch „Feiglinge" und getreue Gefolgsleute der Nazis in einem völkerrechtswidrigen Krieg. Somit bleiben am Ende nur noch Opfer übrig, die Täter wurden wegdefiniert.

Daß die somit zu begünstigenden lettischen SS-Angehörigen im heutigen Lettland hohe Wertschätzung genießen, und zum Teil hohe Positionen in der neuen lettischen Miliz bekleiden, verwundert dabei nur am Rande.

Trotz der Tradition dieser Rechtsprechung darf allerdings nicht vergessen werden, daß mit der momentanen Regelung noch nicht das letzte Wort gesprochen sein muß. Am 18.6. debattierte der Bundestag über die umstrittenen Versorgungsleistungen. Hier kann im Moment durchaus eingegriffen werden. Und nach wie vor auf der Tagesordnung steht der Kampf der Opfer des NS-Regimes im In- und Ausland auf gerechten Ausgleich ihrer erlittenen Qualen.

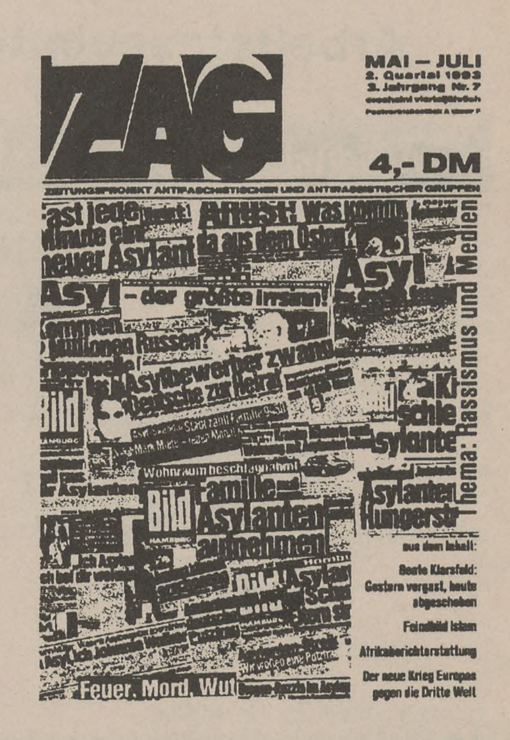
Fantomas

Völkisch-chauvinistischer Gesetzesentwurf der kroatischen Regierung

Kroatische Frauen wenden sich entschieden gegen einen Gesetzesentwurf, den die kroatische Regierung Ende letzten Jahres dem Parlament von Zagreb vorlegte. Die Gesetzesvorlage die unter dem Titel „Das Konzept demographischer Wiederherstellung“ firmiert, zielt auf eine grundsätzliche Umgestaltung der kroatischen Gesellschaft unter chauvinistischen und völkisch/rassistischen Vorzeichen. Frauen als Gebärmaschienen und billige Reproduktionskräfte „zuhause am Herd“, ein Staat der völkisch/rassistisch, nämlich als "kroatisch" definiert wird - die Intention des Gesetzesentwurfes wird schnell deutlich.

Kernpunkt des Gesetzentwurfes ist die Bemühung das „biologische Überleben der (kroatischen) Nation“ zu sichern. Durch eine Bevölkerungspolitik die auf den Zuwachs der „kroatischen“ Bevölkerung gerichtet ist einerseits und durch die Verbreitung einer völkisch/„kroatisch“ ausgeprägten Staatsideologie soll die „Wiedergeburt Kroatiens“ vorangetrieben werden. Zur Umsetzung dieser braunen Politik soll massiv in die Rechte der Frauen eingegriffen werden. Unter dem Titel „Sozialer Schutz der Familie“ heißt es da die „Mutterschaft/Kindererziehung“ müsse „als höchste Profession“ der Frauen „geehrt“ werden. Gefordert wird unter anderem die „Entfernung von arbeitenden Müttern mit Kindern aus den Fabriken und anderen harten und unpassenden Arbeitsstellen. Auf diese Art werden tausende von Arbeitsplätzen frei. Die Frauen-Mütter von Fabrikarbeit zu befreien und ihnen größere Kindervergünstigungen und Mutterschaft/Kindererziehungslohn zu geben.“ Wie sich die kroatische Regierung diese „Befreiung“ der „Frauen-Mütter“ im weiteren vorstellt wird gleich im Anschluß deutlich, wo die „Bekämpfung der studierenden Frauen“ gleich einen ganzen Absatz füllt. Ansonsten soll die rassistische Bevölkerungspolitik mit dem Prinzip „Eine glückliche Familie bedeutet eine glückliche Gesellschaft“ durch eine Neuregelung der Heiratsgesetzgebung, des Erbschaftsrechts und einer Erschwernis der Ehescheidung erreicht werden. Da wundert auch nicht, daß der „Soziale Schutz der Kinder“ durch die stufenweise Abschaffung von Kindergärten erreicht, und der „Soziale Schutz für die Jugend durch Klubs „ wo die Jugend kroatische Geschichte, Literatur, militärische Tugenden (...)“ gesichert werden soll. Daß zur „kroatischen“ Geschichte auch eine kritische Aufarbeitung des kroatischen Faschismus und seiner Greueltaten gehört ist nicht zu erwarten - im Gegenteil.

Fantomas





Bella ciao!
Reise auf den Spuren der norditalienischen Resistenza

Veranstalter: Zeitzeichen e.V. Kiel in Zusammenarbeit mit dem Instituto Storicodella Resistenza Reggio Emilia, Italien

Während die französische Resitance vielen ein Begriff ist, spricht kaum jemand von der italienischen Resistenza. Warum? Welche Geschichtsauffassung bzw. -schreibung steht dahinter! 50 Jahre nach der Besetzung Italiens durch die deutsche Wehrmacht (8. September 1943) finden sich überall noch Spuren des Partisanenkampfes italienischer AntifaschistInnen. Zahlreiche Veranstaltungen werden 1993 bis 95 in Italien an die Resistenza erinnern.

Wir fahren nach Reggio Emilia. Dort treffen wir alte Partisanen und junge HistorikerInnen, suchen beim Wandern im Apennin und beim Fahrradfahren in der Po-Ebene mit ihnen historische Stätten auf.

Zeit	2.-12. September 1993
Ort	Reggio Emilia bei Bologna, Italien
Anreise	wahlweise, gemeinsame Zugfahrt möglich
Unterbringung	Jugendherberge
Kosten	345,- (575,- inclusive Anreise), ohne Verpflegung

Italienischkenntnisse nicht erforderlich
Teilnehmerzahl max. 15
Anmeldung spätestens bis 1. August 1993
Infos und Programm bei Zeitzeichen e.V., Schauenburgerstr. 54 Hof, 24105 Kiel, Tel. (0431) 577511

Arbeitsloseninitiative Kiel e.V.

Arbeitslosenzentrum Iltisstraße 34

Offenes Treffen der Arbeitsloseninitiative: Mo 18.30 Uhr
Beratung: Mo, Di 10 - 12 Uhr, Do 15 - 17 Uhr
Telefonberatung: Di 14 - 16 Uhr
Café: Di 16 - 19 Uhr
Frühstück: Mi 10 - 13 Uhr
Tel.: 73 26 35



Beratung: Di, Mi, Do 12 - 14 Uhr
Tel.: 56 37 17
Beratung, Tips und Informationen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen

Infoladen Hansastraße 48

Spendenkonto: Arbeitsloseninitiative • Kieler Volksbank • BLZ: 210 90 007 Konto-Nr.: 5 32 11 40

5 Jahre Antifaschistische Initiative Gaarden

Das wollen wir mit euch feiern!

Am: So. 29.8. 1993

Ab: 18 Uhr

Um: 29.August 18 Uhr

Wo? Räucherei (Preetzer Straße)

Im Festprogramm :

- ***Blues mit den "Dukes"***
- ***Kabarett***
- ***türkische Musik***
- ***Kleinkunst ...***

Bücher Bücher Bücher

weiter leben

Ruth Klügers: weiter leben; Wallstein Verlag Göttingen; 38 DM.

„Wie kann ich euch, meine Leser, davon abhalten, euch mit mir zu freuen, wenn ich doch jetzt, wo mir die Gaskammern nicht mehr drohen, auf das Happy-End einer Nachkriegswelt zusteuere, die ich mit euch teile. Euch abhalten davon, diese Seiten so zu lesen, als wären sie etwa Nachtrag und Bestätigung zu Anna Seghers` „Das siebte Kreuz", ein Roman,der von der Kritik zwar als „das schönste Buch über das 3.Reich" bezeichnet worden ist, dessen Schönheit sich jedoch darin auszeichnet, daß die gelungene Flucht des Einzelnen, das Überleben von Sieben, für den Triumph, den Sieg des Ganzen,des Guten steht? Wie kann ich euch vom Aufatmen abhalten? (Ruth Klüger, „weiter leben")

Ruth Klüger gibt sich mit ihrem Buch „weiter leben" zumindest alle Mühe, „uns vom Aufatmen abzuhalten". Aufgewachsen in Wien, erzählt die 1931 geborene Jüdin von ihrer Gefangenschaft in Theresienstadt, Auschwitz und Christianstadt und scheut sich auch nicht, gegen Vorurteile und Klischees vorzugehn, die sich z.T. auch in der sog. Linken gehalten haben: Vehement wettert sie gegen alle diejenigen, die Konzentrationslager u.a. als Stätte sittlicher Läuterung begreifen wollen: „Einer berichtet, er habe in Jerusalem eine alten Ungarn kennengelernt, der sei in Auschwitz gefangen gewesen und trotzdem „im selben Atem" hätte der auf dieAraber geschimpft, die seien alle schlechte Menschen."

Desweiteren polemisiert sie gegen eine „KZ-Museumskultur", die jeden „sittlichen Politiker" dazu verpflichtet, an einer solchen Stätte zu fotografieren oder besser noch, sich fotografieren zu lassen.

Letztendlich läßt sich sagen, daß Ruth Klüger mit „weiter leben" eine erstaunliche Biografie mit einer faszinierenden Kombination aus Erinnerung an ihre schreckliche Gefangenschaft, Einwanderungszeit in die Vereinigten Staaten und Stellungnahme zu aktuellen Ereignissen, Problemen und Vorurteilen gelungen ist - und das mit einer sprachlichen Brillianz, die oft sprachlos macht.

Zu hoffen bleibt lediglich, daß möglichst viele dieses Buch lesen, für die Ruth Klüger es geschrieben hat, nämlich „für die, die nicht mit den Tätern und nicht mit den Opfern fühlen wollen oder können,... für Deutsche"

Flächenbrand von Rechts

Hermann Langer: Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern; Verlag Jugend und Geschichte Rostock 12,80 DM

Eine interessante Neuerscheinung wurde im Frühjahr vom Verlag Jugend und Geschichte aus Rostock vorgelegt. Hermann Langer hat unter dem Titel Flächenbrand von rechts Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern eine Analyse vorgelegt, die sich in acht Kapiteln mit wichtigen Aspekten der Entwicklung und Tätigkeit neofaschistischer Gruppen im Norden der ehemaligen DDR beschäftigt. Dabei skizziert Hermann Langer zu Beginn einige Wirkungsfaktoren, die in der Politik der ehemaligen DDR als Anknüpfungspunkte für rassistische, nationalistische und neofaschistische Propaganda genutzt werden konnten. Daran anknüpfend entwickelte sich nach dem Anschluß an die alte BRD auch in Mecklenburg-Vorpommern ein aktives Netzwerk rassistischer und faschistischer Gruppen. Deren Darstellung nimmt den Hauptteil der Untersuchung Langers ein. Dabei scheut er sich nicht, am Beispiel Rostocks deutlich zu machem, wie die Politik bürgerlicher Parteien den rassistischen Gewalttätern in die Hände spielte - bis zum Pogrom Ende August 1992.

Als sinnvolle Ergänzung hat der Autor eine Chronik rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern seit 1989 sowie Material neofaschistischer Gruppen, das dort verteilt wurde, angefügt.

Das Buch kann über den Verlag oder über den Studienkreis für Jugendgeschichte und -forschung, Postfach 104256, 18008 Rostock bezogen werden.

Hintergrund Information

Hintergrund Information; HI-Verlag; Mittnachtstraße 9 72760 Reutlingen; Einzelheft 5,80 DM, Jahresabo 156,- DM

Eine neue Zeitung mit antifaschistischem Schwerpunkt erscheint mittlerweile in der 4. Ausgabe in Baden-Würtemberg. In der aktuellen Ausgabe wird auf sechzehn Seiten ausführlichder Bericht des israelischen Journalisten Yaron Svoray dokumentiert. Svoray hatte sich, in Zusammenarbeit mit dem Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, als Ron Furey für ein halbes Jahr in den bundesdeutschen Nazi-Untergrund eingeschlichen.Als Zeitung mit dem Anspruch Hintergrundinformationen zu liefern ist den MacherInnen vieles möglich, was anderen Zeitungen zu wenig aktuell oder zu umfangreich scheintt. Ein 10-seitiger Bericht über den bundesdeutschen Konzern Siemens zum Beispiel in der Nr. 3, oder ein dreiseitiges Interview zum Charakter der UNO in der aktuellen Ausgabe.

Eiapopeia mit Negern

Heißa: Wir begehen die Woche des ausländischen Mitbürgers. Heißa und Hosianna: Wir bilden Menschenketten aus Ketten-, nein Quatsch!, aus Nervensägen.
Wir haben nichts zu verlieren als unsere Menschenketten. Wir zünden Kerzen an, Lichtlein der Wärme und Liebe in einer kalten, kalten Welt. Wir nehmen uns bei den Händen und tanzen Ringelreihen: Seht her - wir fassen Ausländer an. Sogar ganz dunkle, sogar kohlenschwatte. Jaha. sind wir nicht gut? Doch: wir sind gut, Gutsein ist gut, alles wird gut, tut tut tut. Wir hauen - bongo! Bongo! - auf das Fell von toten Tieren, arhythmisch, aber begeistert, in kuhäugiger Verzückung. Schramm schramm macht die Gitarre. Wir hampeln im Kreis und singen Lieder. Jesus macht auch mit bei uns. Das ist auch gut.
Jetzt singen die ausländischen Mitbürger. Es sind Neger. Sie singen „Nggolloah hee, nggolli huu“, immer wieder, „Nggolloah hee, nggolli huu“, sie sehen schön aus dabei, fröhlich. Sie ermuntern uns, mitzutun, und so singen schon bald auch wir: „Nggolloah hee, nggolli huu“ und schunkeln dabei. Was heißt „Nggolloah hee, nggolli huu“? Weiße Mann viel Scheiß in Kopp? Ja, genau das heißt es. Aber das wissen wir nicht. Wir singen nur ein schönes Lied für eine bessere Welt, in der ein Kind noch ein Rind sein darf, in der es Batterien nur für Taschenlampen, aber nicht für Hühner gibt, in der wir bedenkenlos die Milch glücklicher Schweine trinken können. Prost! Ein Toast auf uns und das Haus der Welt, an dem wir bauen: Aus Holz von gewaltlos gefällten Bäumen wird es sein und selbstverständlich nestwärmeisoliert. Und wenn es fertig ist, dann machen wir, die Schäfchen, ein kleines Schläfchen: mäh mäh, bzw. „Nggolloah hee, nggolli huu“.

Wiglaf Droste, "Im Arsch die Räuber"